

17/1996



unft hat!

Zukunftsforum Ökologie

am 31. Mai 1996 in Schwerin

Damit unsere Erde Zukunft hat

● **Peter Hintze:**

Damit unsere Erde Zukunft hat. Ökologische und Soziale Marktwirtschaft. Die Zukunftskonzeption für das 21. Jahrhundert. Seite 4-9

● **Angela Merkel:**

Die CDU hat den sich anbahnenden Strukturwandel früh erkannt und ökologische Leitvorstellungen für ihre Politik entwickelt. Seite 10-17

Aus den Reden auf dem Zukunftsforum in Schwerin



Peter Hintze: Der DGB bleibt realistische Vorschläge schuldig

Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich in einem offenen Brief an die Mitglieder der CDU-Kreisvorstände gewandt, um damit Stimmung gegen das Programm der Bundesregierung für mehr Wachstum und Beschäftigung zu machen.

Dazu stelle ich fest:

- Die Vorwürfe des DGB-Vorsitzenden sind mehr als abwegig. Die behauptete Absprache von Regierung und Arbeitgebern ist sachlich falsch und im übrigen lediglich die ungeeignete Wiederaufnahme überholter Klassenkampfparolen und Konfrontationsmuster.

- Deutschland steht – wie andere Länder auch – unter dem Einfluß tiefgreifender weltwirtschaftlicher Veränderungen. Diese haben Auswirkungen auf unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit, auf die Strukturen unseres Arbeitsmarktes und damit auch auf die Leistungsfähigkeit unserer sozialen Sicherungssysteme.

Mit dem „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ will die Bundesregierung die internationale Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes stärken, mehr Wachstumsdynamik ermöglichen, die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze schaffen und die soziale Leistungskraft der Bundesrepublik Deutschland dauerhaft sichern.

- Bundesregierung, Wirtschaft und Gewerkschaften haben sich am 23. Januar 1996 in einer Gesprächsrunde beim Bundeskanzler auf ein Maßnahmenpaket verständigt, um die Produktions-, Investitions- und Beschäftigungsbedingungen am Standort Deutschland durchgreifend zu verbessern. Auch die Gewerkschaften hatten damals dem Ziel zugestimmt, die

Lohnzusatzkosten zu begrenzen und die Beitragssätze zur Sozialversicherung zurückzuführen. Ebenso wurde gemeinsam die Notwendigkeit gesehen, Fehlentwicklungen bei der Frühverrentung zu korrigieren. Alle Beteiligten stimmten darin überein, daß das Problem der Fehlzeiten in Betrieben angegangen werden müsse. Es kann also keine Rede davon sein, die Bundesregierung habe die Grundlage der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften verlassen. Das „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ konkretisiert lediglich, was im Januar als allgemeiner Handlungsrahmen vereinbart wurde. Es ist der DGB, der einen dramatischen Kurswechsel vorgenommen hat.

Stellungnahme von Generalsekretär Peter Hintze gegenüber den Vorsitzenden der Landes-, Bezirks- und Kreisverbände der CDU zum offenen Brief des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte

- Das Programm ist nicht geboren aus einer kurzfristigen Haushaltsklemme heraus, sondern steht in einer langfristigen Perspektive. Ziel aller Maßnahmen ist die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Dieses Ziel ist ohne Einsparungen – auch bei den Sozialausgaben – nicht zu erreichen. Es gilt, das Verhältnis zwischen sozialen Leistungen und wirtschaftlicher Leistungskraft neu auszubalancieren.

- Der DGB bleibt realistische Vorschläge schuldig, wie angesichts des weltweiten Wandels der Wettbewerbsbedingungen unser Land die Herausforderungen meistern

kann. Die Vorstellung des DGB, man könne die Arbeitslosigkeit dadurch bekämpfen, daß vorhandene Arbeit lediglich anders verteilt werde, ist erwiesenermaßen ein untaugliches Instrument.

Die CDU kann mit guten Argumenten die Auseinandersetzung mit den Vorwürfen des DGB bestehen:

1. Wir Deutschen verlangen uns mit der Reform der Lohnfortzahlung nichts Unmögliches ab!

Bundesregierung, Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisation haben am 23. Januar 1996 vereinbart, sich gemeinsam um eine Verringerung von Fehlzeiten in den Betrieben zu bemühen. Daß entsprechende Gespräche zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern nicht zum Ziel führten, hat die Bundesregierung nicht zu verantworten. Folglich ist es Aufgabe der Politik, einen Beitrag zur Lösung des Problems zu leisten.

Der von der Bundesregierung vorgelegte Vorschlag zur Reform der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bleibt deutlich hinter den Regelungen zurück, wie sie z. B. im sozialdemokratisch geführten Schweden gelten. Dort konnte der Krankenstand in den Betrieben um mehr als die Hälfte zurückgeführt werden. Im übrigen zeigt auch die Erfahrung in Schweden, daß die vom DGB angestrebten freiwilligen Vereinbarungen in der Praxis nur zu punktuellen Erfolgen führen. Selbst bei sechs Wochen Krankheit hätte nach der neuen Regelung ein deutscher Arbeitnehmer immer noch genauso viel Urlaub wie seine Kollegen in Großbritannien, Frankreich, Dänemark, Schweden und sogar immer noch doppelt soviel wie amerikanische Kollegen.

2. Arbeitnehmer-Schutzrechte dürfen Beschäftigung nicht blockieren.

Deutschland verfügt über die feinmaschigsten Schutzrechte für Arbeitnehmer. Das

wird auch in Zukunft so bleiben! Auch nach der vorgesehenen Reform des Kündigungsschutzrechts wird es eine kapitalistische Politik des „Heuerns und Feuerns“ nicht geben.

Der DGB kann doch nicht an der Tatsache vorbeisehen, daß die derzeit gültigen Kündigungs-Schutzvorschriften in zahlreichen Fällen wie eine Einstellungsbremse wirken. Nach einer Mitgliederbefragung des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks könnten bis zu 100.000 Menschen mehr Arbeit finden, wenn die Betriebe die Sicherheit hätten, bei schwieriger Auftragslage personalwirtschaftlich angemessen flexibel reagieren zu können. Die vorgesehenen Änderungen werden – gerade bei kleinen Unternehmen – ohne Zweifel zu mehr Einstellungen führen. Es ist volkswirtschaftlich überdies vernünftiger, mehrfach befristet Arbeit zu haben als unbefristet arbeitslos zu sein.

3. Die Gesetzespläne der Koalition dienen der Sicherheit der Rente.

Niemand kann bestreiten – auch der DGB nicht –, daß angesichts eines dramatischen demographischen Wandels und der – erfreulicherweise! – stark angestiegenen Rentenverlaufszeiten Korrekturen im System der Generationen-Solidarität unvermeidlich sind. Wer Anpassungen des Leistungsniveaus der Sozialversicherungen kategorisch ausschließt, muß den unabweisbaren Mehrbedarf den Arbeitskosten zuschlagen und schwächt auf diese Weise die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland und riskiert in der Folge höhere Arbeitslosigkeit. Dem DGB ist zuzustimmen, daß eine Heraufsetzung des Renteneintrittsalters für die Betroffenen eine Umstellung der Lebensplanung bedeutet. Aber es ist doch zumutbarer, sich auf längere Arbeit einstellen zu müssen als auf Arbeitslosigkeit!

Generalsekretär Peter Hintze:

Damit unsere Erde Zukunft hat

Zielkonflikt Ökonomie – Ökologie ?

Auf unserem letztjährigen Parteitag in Karlsruhe haben wir beschlossen, die Jahre bis zur Jahrhundertwende für eine intensive Diskussion grundlegender Zukunftsfragen zu nutzen. Auf diesem Weg markiert unser heutiges Zukunftsforum Ökologie einen entscheidenden Punkt. Angesichts einer wachsenden Weltbevölkerung ist die ökologische Frage im 21. Jahrhundert von existentieller Bedeutung. Wir behandeln dieses Thema heute in einem Kontext, in dem die Globalisierung der Wirtschaft uns nicht nur die Chancen neuer Märkte, sondern auch die Bedrohung bisher nicht bekannter Konkurrenten spüren läßt. Zu Recht stehen deshalb die Stärkung des wirtschaftlichen Wachstums und die Sicherung von Beschäftigung ganz oben auf der politischen Agenda. Schlechte Zeiten für den Umweltschutz, könnte man meinen. Stehen nicht Ökologie und Ökonomie in einem Zielkonflikt?

In der politischen Debatte findet sich wieder öfter das Argument, daß in ökonomisch schwierigen Zeiten der Schutz der Umwelt nicht übertrieben werden dürfe. Nur Umweltschutz, der nichts koste, sei akzeptabel. Doch wir wissen längst, daß diese Rechnung nicht aufgeht, weil sie ohne die Natur gemacht ist und letztendlich auch zu sehr hohen Kosten führt. Auf drastische Weise hat uns das die sozialistische Staatswirtschaft in der DDR demonstriert, die ein ökologisches Desaster hinterlassen hat. Um Kosten zu sparen, wurde Schwefel ungefiltert in die Luft geblasen, wur-

den Quecksilber und Nitrate in Gewässer eingeleitet und Schwermetall-Schwämme ungeschützt im Boden verscharrt. Das Abtragen dieser bitteren Erblast wird uns noch lange beschäftigen. Unsere Politik zielt darauf ab, wirtschaftliches Wachstum und schonenden Umgang mit der Natur in ein verträgliches Miteinander zu bringen.

Ökologische und Soziale Marktwirtschaft – Die Zukunftskonzeption für das 21. Jahrhundert

Für die CDU ist die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft die gesellschaftspolitische und wirtschaftspolitische Konzeption des 21. Jahrhunderts.

Aus der Rede von Generalsekretär Peter Hintze auf dem Zukunftsforum Ökologie am 31. Mai in Schwerin

Mit diesem Konzept sind wir zugleich anderen Parteien weit voraus, die immer noch in den Kategorien der Nur-Wirtschafts-, der Nur-Sozial-, und der Nur-Umweltpolitik verhaftet sind.

Eine intakte Wirtschaft und ein funktionierendes Sozialsystem sind die Stützpfiler für eine erfolgreiche Umweltpolitik. Umgekehrt muß aber auch klar sein, daß sich wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt nur dann vollziehen können, wenn auf Dauer die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt und gesichert werden. Sollten wir die Begrenztheit und Belastbarkeit der Na-

tur nicht berücksichtigen, drohen in Zukunft schockartige Engpässe für die Lebensqualität und die Wirtschaftsentwicklung. Die Politik ist deshalb gefordert, Wirtschaft und Gesellschaft möglichst frühzeitig Klarheit über die nötigen Anpassungsschritte zu verschaffen.

Wer wirklich glauben sollte, man könne seine internationale Wettbewerbsfähigkeit durch ein Umwelt-Dumping – also durch eine Überwälzung von Produktionskosten auf die Natur – verbessern, der wird sehen, daß er bereits mittelfristig allein in die Sanierung der damit verbundenen Altlasten mehr zu investieren hat und damit seine Zukunft stärker in Frage stellt als der, der vorsorgende Umweltpolitik direkt durchgesetzt hat. Unterlassener Umweltschutz von heute wird zur wirtschaftspolitischen Altlast von morgen.

Neuer Wohlstandsbegriff

So sehr eine Mehrheit der Bevölkerung ganz allgemein den Schutz der Umwelt befürwortet, so wenig ist doch die Bereitschaft vorhanden, zugunsten der Umwelt Verzicht zu leisten. Dies liegt daran, daß die meisten Menschen einen veralteten Wohlstandsbegriff vertreten, der ausschließlich auf die individuelle Nutzung materieller Güter und Dienstleistungen abzielt.

Was unsere Gesellschaft dringend braucht, ist ein neues Verständnis von Wohlstand; wir müssen den Wohlstandsbegriff neu definieren. Wir müssen lernen, daß nicht nur hohe Einkommen, große Wohnungen, schnelle Autos und teure Ferienreisen unseren Wohlstand ausmachen, sondern ganz entscheidend auch eine gesunde und lebenswerte Umwelt. Unser Verzicht zugunsten der Umwelt ist kein Verlust persönlichen Wohlstands – im Gegenteil: wir erhalten diesen Verzicht ja als Wohlstandsgewinn wieder zurück! Mehr noch: Unser Wohlstand ist dauerhaft nur zu sichern, wenn unsere Umwelt ihn trägt

Auf positiver Umweltbilanz aufbauen

Bei allen noch offenen Fragen können wir auf einer durchaus positiven Bilanz unserer Umweltpolitik aufbauen. Denn 13 Jahre fortschrittliche Umweltpolitik der CDU-geführten Bundesregierung haben eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft geschaffen. Beträchtliche Erfolge wurden erzielt! Einige kurze Beispiele hierfür:

● Flüsse – wie die Emscher oder der Main – waren Anfang der 70er Jahre praktisch tot und „Vater Rhein“ war ebenfalls stark belastet. Heute ist er wieder Lebensraum für eine Vielzahl von Kleinlebewesen geworden. Seit 1971 hat sich die Artenvielfalt im Rhein versiebenfacht. Ja, in Nebenflüssen sind sogar Lachse wieder lebensfähig.

● Auch in der Abfallpolitik zeigt sich eine beträchtliche Trendwende. Durch die strengen Rücknahmeverpflichtungen der Verpackungsverordnung konnten die Wiederverwertungsquoten drastisch erhöht werden. Allein 1995 wurden mehr als fünf Millionen Tonnen Verpackungen vom Bürger gesammelt und zu fast 100 Prozent recycelt. Beinahe 600.000 Tonnen Verpackungen werden jährlich ganz eingespart.

● Bereits nach fünf Jahren deutscher Einheit macht die umweltpolitische Sanierung der neuen Bundesländer deutliche Fortschritte. So konnte die Staub- und die Schwefeldioxyd-Belastung in weiten Teilen um mehr als 50 Prozent gegenüber dem Beginn der 90er Jahre gesenkt werden. Gleiches gilt für den Gewässerschutz, wo zum Beispiel im Einzugsgebiet der Ostsee die biologischen Belastungen aus kommunalen Kläranlagen halbiert wurden. Statt 10.000 wilder Mülldeponien in „DDR-Zeiten“ reichen heute 274 geordnete Hausmülldeponien zur Entsorgung der Abfälle.

Die durch die CDU eingeleitete positive Trendumkehr bei der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen muß einen neuen Schub bekommen, wenn wir dauerhaft ökonomische Prosperität mit ökologisch verantwortlichem Handeln verbinden wollen. Wir müssen die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft jetzt weiter konkretisieren und dieses Zukunftskonzept mit entsprechenden Einzelmaßnahmen „unterfüttern“. Diese Notwendigkeit wird nicht zuletzt durch die drohende Gefahr eines weltweiten Klimawandels unabweisbar.

Herausforderung Klimaschutz

Die Verbrennung fossiler Brennstoffe und die Vernichtung großer Waldflächen auf unserem Globus erhöhen auf dramatische Weise den CO₂-Gehalt in der Atmosphäre. Extreme Folgen für die Menschheit zeichnen sich ab: Ausbreitung der Wüsten, Ansteigen des Meeresspiegels um 30 bis 50 Zentimeter bis zum Jahre 2050. Inselstaaten wie die Malediven würde es dann nicht mehr geben. Nach seriösen Schätzungen gilt der unmittelbare Lebensraum von mehr als 220 Millionen Menschen als bedroht.

Wir haben vor dem Hintergrund dieser Entwicklung national ein anspruchsvolles CO₂-Minderungsprogramm entwickelt und uns in ihm das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2005 die CO₂-Emissionen, bezogen auf das Jahr 1990, um 25 Prozent zu senken. Die CDU wird an diesem Ziel festhalten und unsere Umweltministerin Angela Merkel in ihren Bemühungen um ein weltweit verbindliches Klimaschutzprotokoll in jeder Weise unterstützen.

Mehr als 110 Einzelmaßnahmen zur Verringerung von CO₂-Emissionen und anderen gefährlichen Treibhausgasen wurden bis heute von uns national entwickelt und umgesetzt. Bis 1994 konnten wir hierdurch unsere CO₂-Emissionen um 11 Prozent verringern.

Klima schützen, Ressourcen schonen, weniger Müll produzieren, um Umwelt zu schonen und zu entlasten – diese Ziele erreicht die Marktwirtschaft nicht aus sich selbst. Unser Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft macht umweltverträgliches Handeln wirtschaftlich und versöhnt so Ökonomie und Ökologie.

Instrumente der Umweltpolitik

Heute baut unsere Umweltpolitik auf drei Säulen auf, auf dem Ordnungsrecht, auf freiwilligen Selbstverpflichtungen und auf marktwirtschaftlichen Anreizen:

● Das Ordnungsrecht straffen und vereinfachen

Das Ordnungsrecht setzt auf Gebote und Verbote. Dazu zählen technische Anforderungen wie die Technische Anleitung Luft (TA-Luft), das Abfallgesetz oder das Abwasserabgabengesetz. Mit diesen Verordnungen haben wir gute umweltpolitische Erfolge erzielt und den Schadstoffausstoß nachhaltig gesenkt.

Doch Verbote und Verordnungen können zu einem Übermaß an Regulierung führen. Unser Umweltrecht kennt mittlerweile etwa 800 umweltschutzbezogene Gesetze und rund 2.800 Umweltverordnungen auf Bundes- und Länderebene. Bis sich ein Unternehmen durch dieses Gestrüpp von Reglementierungen gekämpft hat und endlich die Genehmigung seiner Produktionsanlage erhält – in der chemischen Industrie dauern solche Genehmigungsverfahren mitunter bis zu 70 Monate –, ist sein ausländischer Konkurrent schon längst mit dem gleichen Produkt auf dem Markt und schöpft die Gewinne ab. – Die Folge: Bei uns gehen die Arbeitsplätze verloren.

Wenn wir über Deregulierung und den „schlanken Staat“ reden, müssen wir ganz besonders auch unsere Umweltgesetzgebung auf den Prüfstand stellen. So müssen wir sämtliche umweltrechtliche Vorgaben

für die Genehmigung von umweltrelevanten Anlagen in einem Verfahrensweg binden. Ein Land, in dem ein Unternehmer erst einen Hürdenlauf durch die Instanzen hinter sich bringen muß, bevor er investieren darf, zeigt sich wirtschafts- und damit beschäftigungsfeindlich. Deshalb sollte die Genehmigungskompetenz bei einer Behörde konzentriert werden, damit den Betrieben nicht nur unnötige und zeitaufwendige Wege erspart bleiben, sondern auch die oft entnervende Auskunft: „Wir sind nicht zuständig“.

● **Selbstverpflichtungen zum Umweltschutz: marktwirtschaftlich korrekt**

Freiwillige Anstrengungen, sei es von Bürgern oder Unternehmen, sind eine hervorragende Lösung. Das Öko-Audit in Unternehmen, die Selbstverpflichtungserklärung der deutschen Wirtschaft zur Berliner Klimaschutzkonferenz vor einem Jahr, zusätzliche Anstrengungen zur Senkung der CO₂-Emissionen zu unternehmen, sind wichtige Signale. Sie müssen aber auch kontrollierbar und dauerhaft sein

● **Ökologische Elemente im Steuersystem**

Wir brauchen vor allem marktwirtschaftliche Anreize, um im Umweltschutz weiter voranzukommen. Dabei spielt unser Steuersystem eine entscheidende Rolle. Um Radikal-Korrekturen im Steuersystem, wie SPD und Grüne sie fordern, darf es an dieser Stelle nicht gehen.

Statt dessen muß unser Ziel eine maßvolle Umorientierung des Steuersystems sein, die behutsam Anreize schafft, natürliche Ressourcen als knappes Gut verstärkt zu schonen – ganz im Sinne des Grundsatprogramms, in dem wir von ökologisch ehrlichen Preisen sprechen. Erste wichtige Ansätze sind hier zum Beispiel die Sprei-

zung der Mineralölsteuer für verbleites und unverbleites Benzin oder die künftig emissionsorientierte Kfz-Steuer.

Eine stetig steigende allgemeine Energiesteuer – wie sie von SPD und Grünen gebetsmühlenartig gefordert wird –, und die sehr schnell dreistellige Milliardenbeträge erreichen würde, darf nicht einfach auf unser hochkompliziertes Steuersystem aufgesetzt werden. Ich teile die jüngst geäußerten Bedenken des Sachverständigenrates für Umweltfragen, der in einer solchen Steuer ein „Breitband-Tonikum“ sieht, das Wirtschaft und Haushalten überflüssige Lasten auferlegen würde. Risiken und Nebenwirkungen spielen offensichtlich bei diesen rot-grünen Überlegungen keine Rolle. Ein nationaler Alleingang würde unserer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig schaden und damit direkt Arbeitsplätze gefährden, die wir mit unserem Programm für Wachstum und Beschäftigung gerade zu sichern beabsichtigen.

Die CDU will keine Radikalkuren, sondern systematische und abgestimmte evolutionäre Veränderungen. Mit dem Konzept der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft verknüpfen wir die verschiedenen Aspekte von Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik so miteinander, daß sie einander ergänzen, sich nicht zu unauflöselichen Gegensätzen entwickeln.

Ich erwarte deshalb, daß bei der anstehenden Reform unseres Steuersystems dem Umweltschutz genügend Rechnung getragen wird.

Unser künftiges Steuersystem muß daher drei Anforderungen genügen:

- Niedrige Steuersätze zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen bei einer insgesamt breiteren Bemessungsgrundlage zur Stärkung der Steuererechtigkeit,
- eine Neubestimmung des Verhältnisses von direkten und indirekten Steuern,

- ökologische Elemente im Steuersystem, die an den Verbrauch eines Gutes oder an die Inanspruchnahme von Leistungen gekoppelt sind.

Wenn die Umwelt keinen „Preis“ hat, dann signalisiert der Markt, daß Umwelt für jeden im Überfluß zur Verfügung steht. Ohne einen Preis für die Inanspruchnahme der Umwelt gibt es keinen Anreiz für den gewerblichen wie den privaten Nutzer, mit Umwelt sparsam umzugehen. Deshalb haben wir das zukunftsweisende Konzept der „ökologisch ehrlichen Preise“ in unserem Grundsatzprogramm verankert. Mit den jüngsten Beschlüssen zur Umstellung der Kraftfahrzeugsteuer von der Hubraumbezogenheit auf die Schadstoffbezogenheit ist diesem Gedanken Rechnung getragen worden. Zugleich geben wir damit einen wichtigen Anreiz zur Weiterentwicklung verbrauchs- und schadstoffarmer Technologien und auch einen wichtigen Impuls für unsere Automobilindustrie. Die neue Kfz-Steuer ist nur ein ökologisches Element im Steuersystem. Über weitere ökologische Elemente werden wir im Rahmen der Steuerkommission der CDU zu diskutieren haben. Ich finde es deshalb sehr gut, daß in der Steuerkommission der CDU, die Wolfgang Schäuble leitet, auch unsere Umweltministerin Angela Merkel mitarbeiten wird.

Umwelt, Arbeit und Innovation

In besonderer Weise werden die Themen „Umwelt und Arbeit“ und „Umwelt und Innovation“ in Zukunft die Diskussion prägen. Durch die Globalisierung der Märkte, die Öffnung Deutschlands nach Osten wie nach Süden, gerät der Faktor Arbeit als Motor des wirtschaftlichen Wachstums und als Garant des Sozialsystems in Deutschland zunehmend unter Druck. Er muß deshalb bei einer auf Nachhaltigkeit angelegten Umwelt- und Wirtschaftspolitik von Beginn an mit bedacht werden. Ich bin davon überzeugt,

daß er in einer auf Ressourcenschonung bedachten Wirtschaftsordnung wieder eine völlig neue Bedeutung erhalten kann, indem wir den Einsatz von Energie und Rohstoffen zurückfahren und durch die intelligente Nutzung von Kapital und Wissen der menschlichen Arbeitskraft eine neue Zielsetzung geben.

Eng verbunden mit diesem Thema ist die Frage von Umweltpolitik und technologischer Innovation. Gerade hier hat die Umweltpolitik der CDU-geführten Bundesregierung in den 80er und 90er Jahren Beispielhaftes geleistet. Wir haben vor allem der Wirtschaft wichtige Impulse gegeben. Umweltschäden durch Einsatz moderner Technik soweit wie möglich zu vermeiden, bzw. – wo erforderlich – nachträglich zu beseitigen. Darüber hinaus erschlossen sich neue Chancen und Märkte für deutsche Unternehmen. Deutschland ist deshalb seit den 80er Jahren zum führenden Anbieter von Umwelttechnik in der Welt geworden und besetzt damit ein wichtiges Marktsegment besonders zukunftssträchtiger Technologien.

Doch auch hier dürfen wir uns auf unsere bisherigen Erfolge nicht ausruhen. Dies belegen nicht zuletzt die in jüngster Zeit bekanntgewordenen Zahlen. So haben mittlerweile die Vereinigten Staaten die Weltmarktführerschaft in Umwelttechnologien mit knappem Vorsprung übernommen, und auch Japan holt als „Dritter im Bunde“ weiter auf.

Wir müssen also unsere Kräfte sowohl vor dem Hintergrund der Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen als auch aus wohlverstandenen wirtschaftspolitischen Interesse auf die Förderung von Innovationen in der Umwelttechnik konzentrieren. Nach Schätzungen von renommierten Instituten und Unternehmensberatungen beläuft sich schon heute der Markt für Umwelttechnik in der Welt auf rund 700 Milliarden DM. Bis zur Jahrtausendwende wird er die Grenze von 1.000 Mil-

liarden Mark erreicht haben. Denn mit zunehmendem Umweltbewußtsein wächst zum Beispiel in Südostasien und Osteuropa die Nachfrage nach Umwelttechnik und wachsen damit auch die Absatzchancen deutscher Umweltindustrie.

Um diese Chancen aber auch wirklich auszunutzen, ist es nötig, von seiten der Politik flankierend tätig zu werden, zumal andere Industriestaaten bereits entsprechende Exportstrategien verfolgen. Insbesondere mittelständische Unternehmen bedürfen dieser Hilfe. Und so begrüße ich in besonderer Weise die Initiative zur Gründung eines internationalen Transferenzentrums für Umwelttechnik, das in diesem Monat in Leipzig eröffnet wird. In einer gemeinsamen Anstrengung unterstützen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik insbesondere mittelständische Unternehmen bei der Informationssuche und Partnervermittlung in den wichtigsten Umweltmärkten der Welt. Neben den Regionen Mittel- und Osteuropas stehen hier vor allen Dingen Südostasien – einschließlich China und Indien – und auch Südamerika im Vordergrund.

Doch „Reparaturtechniken“, mit denen wir Schadstoffe aus Luft, Wasser und Böden filtern und damit bereits entstandene Umweltschäden beseitigen, dürfen nicht das alleinige Ziel von Politik und Wirtschaft sein. Vielmehr müssen wir in Zukunft noch stärker die Rahmenbedingungen dafür schaffen, daß wir den Sprung vom nachsorgenden zum vorsorgenden Umweltschutz schaffen. Wir müssen die Chancen modernster Techniken nutzen, um Energie und Rohstoffe zu sparen und Emissionen drastisch zu senken bzw. sie ganz zu vermeiden.

Ein solcher „produktionsintegrierter Umweltschutz“ schon nicht nur die natürlichen Lebensgrundlagen, sondern rechnet sich auch für das einzelne Unternehmen. Sie erschließen neue Einsparpotentiale im Energie- und Abfallbereich, führen zu

Image-Gewinnen und schaffen somit als Bestandteile eines aktiven Umweltschutzes Wettbewerbsvorteile.

Hierdurch wird nicht nur der Wirtschaftsstandort Deutschland gesichert, sondern zugleich leisten wir hierdurch einen Beitrag zur Schaffung neuer und zukunftsfähiger Arbeitsplätze.

Es muß endlich ein Ende haben mit der Mär, daß fortschrittlicher Umweltschutz – noch dazu in der Produktion integrierter Umweltschutz – Arbeitsplätze kostet. Genau das Gegenteil ist der Fall. Die hierzu vorliegenden Untersuchungen belegen, daß bereits im Jahre 1990 rund 700.000 Menschen in Deutschland im Bereich des Umweltschutzes beschäftigt waren. Trendabschätzungen ergaben, daß bei einer entsprechenden Weiterentwicklung der Umweltpolitik im Jahr 2000 mehr als 1,1 Millionen Menschen Arbeitsplätze im Bereich des Umweltschutzes gefunden haben. Dies sind zum Beispiel mehr als doppelt soviel Arbeitnehmer, als heute im Bereich der chemischen Industrie in Deutschland tätig sind.

Die CDU wird alles dafür tun, daß Deutschland auch in Zukunft Vorreiter im vorsorgenden Umweltschutz bleibt. Denn nur hierdurch können wir Innovationen auslösen, die unserm Land einen Spitzenplatz als Wirtschafts-, Wissenschafts- und Technologiestandort sichern.

Auch unser heutiger Kongreß will hierzu seinen Beitrag leisten. Wir wollen mit Ihnen und führenden Vertretern von Wirtschaft, Wissenschaft, Umweltverbänden und Politik das Spannungsverhältnis von Wirtschaftswachstum, sozialer Sicherheit und Umweltschutz diskutieren. Nicht zuletzt geht es auch darum, jene Instrumente vorbehaltlos zu prüfen und sicherlich auch kontrovers zu diskutieren, mit denen wir den „Sprung“ von der Nachsorge zur Vorsorge in unserer Umweltpolitik endgültig vollziehen können. ■

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

Die CDU hat den sich anbahnenden Strukturwandel früh erkannt

Menschliches Handeln steht immer im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Begrenztheit, zwischen Zufall und Notwendigkeit, zwischen Selektion und Koordination. Soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Systeme sind in ähnlicher Weise wie ökologische Systeme ständigen Wandlungsprozessen unterworfen. Für marktwirtschaftliche Systeme gilt dies in besonderer Weise, denn der Strukturwandel ist eigentlich ein Synonym für Marktwirtschaft.

Die Hinweise sind nicht zu übersehen, daß wir uns heute im Stadium einer Übergangsgesellschaft befinden, behaftet mit den Wahrnehmungsschwierigkeiten sowie Zeichen des „noch nicht“ oder „doch schon“. Das in Realität zu beobachtende Ausmaß eintretender Veränderungen ist äußerst vielschichtig, d. h. der komplexe Prozeß einer Systemveränderung bzw. Neuorientierung vollzieht sich auf allen Ebenen, sowohl auf wirtschaftlicher, politischer als auch gesellschaftlicher Ebene und erstreckt sich über einen noch nicht vorauszubestimmenden Zeitraum. Gegenwärtig läßt sich sein Zustand wohl am ehesten als „Schwebezustand“ charakterisieren.

Kaum eine altvertraute Institution oder Verfahrensweise wird die Anfangsjahre des neuen Jahrtausends ohne Veränderungen überleben. Schon jetzt unterliegen sie einem dramatischen Wandel, der sich in den nächsten Jahren noch weiter beschleunigen wird. Überkommene Hierarchien werden gesprengt und vermutlich durch neue, flexiblere Beziehungsgeflechte ersetzt werden. Eine der großen Aufgaben

unserer Zeit wird deshalb in der Entwicklung gesellschaftlicher Organisationsformen zur Beherrschung der auch in den kommenden Jahren zunehmenden Komplexität und Unbestimmtheit bestehen.

Der Philosoph Odo Marquard hat in diesem Zusammenhang von dem sich beschleunigenden Modernitätsverlust unserer Industriegesellschaft gesprochen. Der notwendige Übergang von einer „zu-

Aus der Rede der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Angela Merkel, auf dem Zukunftsforum Ökologie „Damit unsere Erde Zukunft hat – Ökologische und Soziale Marktwirtschaft“ am 31. Mai in Schwerin

kunftsvergessenden“ zur „zukunftsbewußten“ Gesellschaft wird jedoch nicht ohne Friktionen ablaufen, wie der tägliche Blick in die Zeitungen und die Medienberichterstattung nachdrücklich unterstreicht.

Die CDU hat diesen sich anbahnenden Strukturwandel früh erkannt und sich im Februar 1994 auf dem Parteitag in Hamburg ein neues Grundsatzprogramm gegeben, indem wir als erste Partei in Deutschland eine ökologische Leitvorstellung für unsere Politik auf allen Handlungsebenen entwickelt haben.

Wir, die CDU, setzen uns in unserem Grundsatzprogramm für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein. Sie ist

unsere Leitvorstellung von der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung des wiedervereinigten Deutschlands. Und um die Gewichtung von vornherein richtig zu setzen, schreiben wir beides groß:

Ökologisch und Sozial

Darin kommt die Komplexität dieser Leitidee zum Ausdruck. Wenn wir von Sozialer Marktwirtschaft sprechen, dann meinen wir nicht „Marktwirtschaft plus Sozialpolitik“, sondern wir verstehen darunter eine umfassende Ordnung für eine moderne Industriegesellschaft, die die Synthese von marktwirtschaftlicher Effizienz und sozialem Ausgleich erreicht. Und auch in dem neuen Leitbild geht es nicht um ein bißchen Umweltschutz in der Wirtschaftspolitik. Es geht um die Gestaltung eines Ordnungsrahmens für eine funktionsfähige, freiheitssichernde, menschenwürdige und zugleich umweltverträgliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Es geht um die Synthese von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik, denn nur wenn wir alle zusammendenken, werden wir unseren Planeten für unsere Kinder lebenswert erhalten können.

Lassen Sie mich bei diesem Gedanken noch eine Zeitlang verweilen, denn er ist meines Erachtens nicht nur einer der zentralen Gedanken des Grundsatzprogramms, sondern er muß auch Leitgedanke für die Bewältigung der Probleme sein, vor denen wir zur Zeit in Deutschland stehen.

Zentrale Aufgabe für uns alle ist es, wenige Jahre vor dem Beginn des 21. Jahrhunderts, die richtigen Weichen für eine gute Zukunft zu stellen. Dazu ist es notwendig, eine sachliche und redliche Standortdebatte zu führen und eine nüchterne Bilanz unserer Stärken und Schwächen zu ziehen.

Deutschland hat unbestreitbare Stärken. Wir haben nicht zuletzt dank der vielen leistungsfähigen kleinen und mittleren Unternehmen eine ausgewogene Wirt-

schaftsstruktur. Die Arbeitnehmer in Deutschland sind hochqualifiziert, unser duales Ausbildungssystem, das wir in den neuen Bundesländern noch mehr fördern müssen, ist in der ganzen Welt anerkannt; seine Leistungsfähigkeit schlägt sich nicht zuletzt – verglichen mit anderen Ländern – in einer vergleichsweise geringen Jugendarbeitslosigkeit nieder.

Darüber hinaus haben wir eine gute öffentliche Infrastruktur, und wir haben trotz aller Probleme eine wirtschaftliche und soziale Stabilität, um die uns viele in Europa beneiden.

Zu einer nüchternen Bilanz zählen natürlich auch die Schattenseiten. So werden wir die tiefgreifenden Veränderungen in der internationalen Arbeitsteilung und die Globalisierung der Märkte noch stärker als bisher zur Kenntnis nehmen und auf sie reagieren müssen. Die zunehmende internationale Verflechtung bedeutet für uns mehr Marktchancen, aber auch mehr Wettbewerb. Immer mehr Länder Asiens entwickeln sich in atemberaubendem Tempo zu starken Konkurrenten auf den Weltmärkten. Davon habe ich mich selber erst vor wenigen Monaten anlässlich einer Reise nach Südostasien überzeugen können

Gegen Arbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit jetzt über 4 Millionen Arbeitslosen ist die zentrale Herausforderung für die deutsche Innenpolitik. Sie ist eine Aufforderung zum Handeln an Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Das persönliche Schicksal der von Arbeitslosigkeit Betroffenen darf niemanden kalt lassen. Gemeinsam haben wir uns ein Ziel gesetzt: Wir wollen die Arbeitslosigkeit bis zum Jahr 2000 halbieren.

Deshalb hoffe ich auch sehr, daß die Gewerkschaften nach ihren holzschnittartigen Attacken der letzten Tage und Monate wieder an den Verhandlungstisch zurück-

kehren. Wir wollen den Umbau des Sozialstaates, nicht aber seinen Abbau. Wir müssen zurückkehren zum rechten Maß des Sozialen auf einem hohen Leistungsniveau, das – und da bin ich zuversichtlich – auch dann in der Welt noch an der Spitze stehen wird. Die Mitwirkung der Gewerkschaften ist dafür unverzichtbar, wenn wir auch weiterhin den sozialen Frieden, ein Gütezeichen unserer Gesellschaft, bewahren wollen.

Eng verbunden mit der Diskussion über die besten Lösungen zur langfristigen Sicherung des Wirtschafts- und Arbeitsstandortes Deutschland diskutieren wir derzeit noch ein weiteres, für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes wichtiges Thema: Ich meine damit die Diskussion um den „Schlanken Staat“. Es wäre zu kurz gedacht, vermuten wir hinter diesem Schlagwort allein den Abbau von Personal, so notwendig dies auch ist. Dahinter verbirgt sich viel mehr. Dahinter verbirgt sich nämlich die ganz zentrale Frage, welche Aufgaben der Staat in Zukunft wahrzunehmen hat und welche er der Gesellschaft, dem Bürger überlassen kann. Das heißt, es geht konkret um die künftige Aufgabenverteilung zwischen Staat und Gesellschaft.

Sie kennen die Beschwerden der Wirtschaft, als Stichworte seien genannt: Zu lange Genehmigungsverfahren, zu hohe Regelungsdichte, zu viele Berichtspflichten. Aber nicht nur die Wirtschaft fühlt sich überfordert, auch die kontrollierenden staatlichen Organe sehen oft die Grenzen der Belastbarkeit überschritten; auch hierzu ein uns allen bekanntes Schlagwort: Vollzugsdefizit.

Richtschnur Subsidiarität

An dem Wildwuchs, mit dem wir es heute zu tun haben, sind wir alle schuld. Die Politik, die lange den Anspruch erhoben hat, alle Wechselfälle des Lebens optimal regeln zu können, ebenso wie der Bürger

bzw. gesellschaftliche Gruppen, die allzu leicht dazu neigen, die Risiken beim Staat und damit letztlich bei der Allgemeinheit abzuladen und Sicherheiten – auch materieller Art – für alles und jedes einzufordern.

Ich glaube, wir tun gut daran, uns bei dieser Diskussion wieder auf das Prinzip der Subsidiarität zu besinnen und es zur Richtschnur zu machen, wenn wir neue Wege gehen wollen in der Zusammenarbeit und Arbeitsverteilung zwischen Politik, Wirtschaft und gesellschaftlichen Gruppen. Der Staat muß nicht alles regeln, in vielen Fällen haben die Betroffenen die besseren Kenntnisse und auch die besseren Möglichkeiten, maßgeschneiderte Lösungen für das Problem zu erarbeiten.

In den Herzen verankert

Vor diesem Hintergrund plane ich, mit allen Akteuren im Umweltschutz, also mit Wirtschaft, Gewerkschaften und Umweltverbänden, in eine Diskussion darüber einzutreten, welche Ziele in der Umweltpolitik mittel- und langfristig notwendig sind und welche Instrumente hierfür auch unter Berücksichtigung von risk/benefit- bzw. cost/benefit-Aspekten die wirksamsten sind. Dies wird sicher keine ganz einfache Diskussion werden, denn hier treffen eine Vielzahl von Interessen aufeinander wie ökologische Erfordernisse, Arbeitsplatzsicherheit, Schaffung von Arbeitsplätzen, wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit, das Halten von Märkten u. a. m.

Dennoch müssen wir diese Diskussion führen, weil es nur so möglich sein wird, den Umweltschutz auf Dauer in den Köpfen und Herzen zu verankern. Wir müssen mehr als bisher verdeutlichen, welche Chancen für die Menschen – auch unter dem Blickwinkel Arbeitsplätze – und welches Innovationspotential mit dem Umweltschutz verbunden sind. Dies können wir aber nur dann erreichen, wenn wir die Diskussion offen und vorurteilsfrei führen und dabei auch nicht verschweigen, daß

das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wie wir es auf der großen Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 1992 in Rio de Janeiro entwickelt haben, auch durchaus zu Strukturveränderungen führen kann.

Vielleicht ist diese Zeit, in der auch in anderen Bereichen, wie z. B. bei der sozialen Sicherung, Veränderungen dringend notwendig sind, besonders geeignet, über Weiterentwicklungen nachzudenken, damit wir uns für das kommende Jahrhundert fit machen. Insoweit ist die Diskussion über Umweltziele Teil der großen Diskussionen unserer Gesellschaft, wie unser Gemeinwesen in Zukunft aussehen soll und wo Prioritäten, aber auch Posterioritäten gesetzt werden sollen.

Für den Umweltschutz konkret heißt das, in einem ersten Schritt klarer und systematischer als bisher zu definieren, welcher Umweltzustand für die Zukunft angestrebt wird – ich nenne diese Ziele Umweltqualitätsziele – und daraus abgeleitet, auf welchen Feldern Handlungsbedarf besteht; letztere sind sogenannte Umwelthandlungsziele.

Umweltqualitätsziele

Je allgemeiner diese Umweltschutzziele formuliert werden, desto eher wird Konsens zu erzielen sein. Insofern dürfte die Verständigung auf Umweltqualitätsziele, die den angestrebten Zustand der Umwelt bzw. des Mediums beschreiben, noch relativ problemlos vonstatten gehen, denn diese werden einerseits auf der Basis gesellschaftlicher Wertvorstellungen entwickelt, wobei ich mir darüber im klaren bin, daß auch hier schon deutliche Unterschiede in unserer Gesellschaft vorhanden sind. Deshalb gehört es im Rahmen der Debatte über Umweltziele auch zu meinen Zielen, die Diskussion über die Verankerung einer Umweltethik in unserer Gesellschaft anzustoßen und zu fördern, damit wir in Zukunft, wie schon heute im sozialen Bereich, Beurteilungskriterien

an der Hand haben, was umweltethisch vertretbar ist und was nicht.

Umwelthandlungsziele

Aber lassen Sie mich zurückkommen zu der Erarbeitung von Umweltzielen. Ich sagte eingangs, Umweltqualitätsziele lassen sich noch relativ konfliktfrei formulieren. Die Brisanz liegt in den aus den Qualitätszielen abgeleiteten Umwelthandlungszielen, denn hier muß die Frage beantwortet werden, wieviel Nachhaltigkeit, wieviel Umweltschutz ich mir in welchen Zeiträumen leisten will und leisten kann.

Und hier können selbstverständlich nicht nur Umweltaspekte eine Rolle spielen. Zur endgültigen Formulierung der Umwelthandlungsziele brauchen wir auch eine wirtschaftliche und soziale Bewertung. Insofern stimme ich auch nicht dem Sachverständigenrat für Umweltfragen zu, der in seinem jüngsten Gutachten schreibt: „Der Umweltrat hält an der Auffassung fest, daß Umweltpolitik und Beschäftigungspolitik an unterschiedlichen Zielen orientiert sind und jeweils eigenen Kriterien folgen. Umweltpolitik bedarf keiner beschäftigungspolitischen und Beschäftigungspolitik keiner umweltpolitischen Begründung.“

Dies ist fachpolitisch gesehen zwar richtig, aber dennoch falsch, wenn wir uns gesellschaftspolitisch am Leitbild der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientieren. Denn dieses Leitbild bedeutet eben gerade nicht, daß die drei Säulen bindungslos nebeneinander stehen, sondern daß sie sich in der jeweiligen fachpolitischen Entscheidung wechselseitig beeinflussen.

Für die Umweltpolitik konkret und damit auch für die Formulierung der Umweltziele heißt das, daß Umweltpolitik auch die Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation und den Wirtschaftsstandort Deutschland in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen hat.

Lassen Sie mich eines an dieser Stelle aber auch anmerken. Die Diskussion über Umweltziele bedeutet keine Abkehr vom Vorsorgeprinzip. Worüber wir aber durchaus diskutieren müssen, ist die Frage, ob Vorsorgeprinzip und Stand der Technik immer eine Einheit bilden müssen. Nur so können wir meines Erachtens auch das „schweigende Kartell der Obergeringenieure“ aufbrechen, von dem Edzard Reuter gesprochen hat und das im Einzelfall durchaus ein Hemmschuh für die Weiterentwicklung von Technik sein kann.

Verantwortung einfordern

Ich bin sicher, wir werden nicht über jedes Ziel, über das wir diskutieren, Einvernehmen erzielen, aber dort, wo wir es bekommen, möchte ich gerne dann auch die Verantwortung der betroffenen Akteure einfordern. Hier bietet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten an, von Selbstverpflichtungen bis hin zu Branchenabkommen.

Notwendig für diese Vorgehensweise ist allerdings – auch um die Akzeptanz in der Öffentlichkeit sicherzustellen – ein transparentes, auch von außen nachvollziehbares Monitoring der eingegangenen Verpflichtungen, und zwar nicht am Ende des Prozesses, sondern kontinuierlich, damit der Staat ggf. – und dies zählt zu seinen unverrückbaren Pflichten – steuernd eingreifen kann. Deshalb sollten schon zu Beginn der Kooperation entsprechende Maßnahmen bzw. Sanktionsmechanismen vereinbart werden, die dann unverzüglich greifen können. Auch dies trägt zur Vermittlung der Ernsthaftigkeit des Willens beider Partner zur Zielerreichung nach außen bei.

Ich bin sicher, wenn es uns als Union gelingt, diese Diskussion überzeugend zu führen und auch belastbare Vereinbarungen mit Wirtschaft und Gewerkschaften zu treffen, werden wir nicht nur dem Umweltschutz ein gutes Stück weitergeholfen

haben, sondern wir werden auch die Union in den Köpfen der Menschen als die Partei Deutschlands verankert haben, die in der Lage ist, Umweltschutz, wirtschaftliche Weiterentwicklung sowie Sicherung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen miteinander in Einklang zu bringen.

Daß uns dies gelingt, bin ich zuversichtlich. Denn die Union hat es in ihrer Geschichte stets verstanden, ihren Grundsätzen treu zu bleiben und Bewährtes zu erhalten, zugleich aber Veränderungsbedarf zu erkennen und daraus Neues zu entwickeln. Es ist vor allem diese Fähigkeit, zu bewahren und gleichzeitig neu zu entwickeln, die die CDU Deutschlands an die Spitze der politischen Verantwortung geführt hat. Diese Fähigkeit müssen wir auch jetzt, an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, unter Beweis stellen.

Soviel zu den Grundlagen und Leitlinien christlich demokratischer Umweltpolitik, nun aber noch ein paar Worte zur Bilanz unserer Umweltpolitik und zu den zentralen politischen Handlungsfeldern der kommenden Jahre.

Beträchtliche Erfolge

In den dreizehn Jahren der Regierungsverantwortung unter Helmut Kohl haben wir beträchtliche Erfolge im Umweltschutz erzielt: Vom Autokatalysator bis hin zum Filter für Kraftwerke, von der biologischen Kläranlage bis hin zum Solardach, von der Ausweitung der Naturschutzgebiete bis hin zum FCKW-Verbot, von der Verpackungsverordnung bis hin zur steuerlichen Begünstigung des bleifreien Benzin. Gemeinsam mit einem veränderten Umweltbewußtsein in der Bevölkerung waren wirkliche Fortschritte im Umweltschutz möglich. Die Flüsse sind sauberer als in den Jahrzehnten zuvor, auch in den Industriegebieten ist die Luft reiner geworden, aus deutschen Spraydosen entweichen keine ozonschädigenden Fluorchlorkohlenwasserstoffe mehr, die jährli-

che Müllmenge konnte deutlich verringert werden, um nur einige Beispiele zu nennen.

Die durch die Union eingeleitete Trendumkehr im Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen muß nun einen neuen Schub bekommen. Denn noch sind die Fortschritte im Umweltschutz zu gering, um die dauerhafte Sicherung der Schöpfung zu gewährleisten.

Für die deutsche Umweltpolitik sehe ich gegenwärtig drei Handlungsebenen:

- I. in Deutschland: Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft;**
- II. in Europa: die Verwirklichung der europäischen Umweltunion unter schrittweiser Einbeziehung der osteuropäischen Partner;**
- III. global: die Fortsetzung des Rio-Prozesses der globalen Umweltpartnerschaft.**

Die Verwirklichung einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland ist eine Aufgabe, die über den Bereich der Umweltpolitik im engeren Sinne hinausreicht. Deshalb haben wir uns im Ministerium zu Beginn dieses Jahres einmal zusammengesetzt, um die wichtigsten Aktionsfelder für die kommenden Jahre zu identifizieren. Dies sind im einzelnen:

1. Schutz des Klimas und der Ozonschicht

Dazu werden wir unser anspruchsvolles CO₂-Minderungsprogramm konsequent umsetzen und weiterentwickeln. Wir stehen zu unserem Ziel, die CO₂-Emissionen,

bezogen auf das Jahr 1990, um 25 Prozent bis zum Jahr 2005 zu verringern. Erst vor wenigen Wochen sind wir hier einen entscheidenden Schritt weitergekommen.

Schon im März 1995, vor der ersten Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention, hat die deutsche Wirtschaft sich bereit erklärt, auf freiwilliger Basis besondere Anstrengungen zu unternehmen, um ihre spezifischen CO₂-Emissionen um bis zu 20 Prozent bis zum Jahre 2005 zu reduzieren. Ein Jahr später hat sie nun diese Selbstverpflichtung präzisiert und erweitert. So wurde der relativierende Zusatz „bis zu“ gestrichen, die Reduzierung der spezifischen Emissionen wurde auf 20 Prozent festgeschrieben, das Basisjahr wurde auf 1990 umgestellt. Ferner haben sich vier weitere Einzelverbände der Selbstverpflichtung angeschlossen.

Am 1. Januar ist das Förderprogramm für die energetische Erneuerung von Altbauten in den alten Bundesländern angelaufen, nachdem mit einem vergleichbaren, noch breiter angelegten Programm in den neuen Bundesländern bereits 2,2 Mio Wohneinheiten energetisch saniert worden sind.

Bei den regenerativen Energien haben wir mit dem Stromeinspeisungsgesetz eine geradezu sprunghafte Entwicklung in Gang gebracht. Deutschland hat 1994 Dänemark als Windenergieproduzent überrundet und ist nach den USA international an die zweite Stelle aufgerückt.

2. Schutz des Naturhaushaltes

Hier ist für mich ein ganz zentraler Punkt die Erhaltung der Artenvielfalt. Diesen Punkt werden wir in der Öffentlichkeit in Zukunft griffiger darstellen müssen, um deutlich zu machen, was davon für uns im Lande, aber auch weltweit eigentlich abhängt, warum wir die Artenvielfalt zum Überleben brauchen. Denn Artenschutz beschränkt sich eben, wie wir heute wis-

sen, nicht auf den Artenschutz im simplen Sinn, sondern er ist im Grunde Schutz und Erhaltung von Lebensräumen. In unserem dicht besiedelten Land gibt es hier viele Konfliktstoffe, das darf an dieser Stelle nicht verschwiegen werden.

Mit der Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz, der bundesweit einheitlichen Regelung des Bodenschutzes und der Altlastensanierung sowie der Novelle des Wasserhaushaltsgesetzes werden wir die Weichen in Richtung auf einen schonenden Umgang mit der Natur und eine sparsame Flächennutzung stellen.

3. Schutz der Ressourcen

Mit Blick auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung wird der Aspekt des Ressourcenverbrauches zunehmend wichtiger. Geringerer Verbrauch von Ressourcen bei steigender wirtschaftlicher Leistung, d. h. Entkopplung des Verbrauchs von wirtschaftlichem Wachstum, wird aufgrund einer stärker global und langfristig orientierten Betrachtung zur entscheidenden Herausforderung. Deshalb werden wir behutsam, aber konsequent an der Verwirklichung der Kreislaufwirtschaft weiterarbeiten und – wo es Sinn macht – Stoffkreisläufe weiter ausbauen. Dabei stehen 1996 folgende Maßnahmen im Vordergrund:

Bis zum Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes am 6. Oktober werden wir das zum Vollzug notwendige untergesetzliche Regelwerk unter Dach und Fach haben; das Bundeskabinett hat die entsprechenden Verordnungsentwürfe in der vergangenen Woche verabschiedet. Ferner wollen wir im Lichte der bisherigen Erfahrung die Verpackungsverordnung novellieren. Dazu habe ich inzwischen einen Verordnungsentwurf vorgelegt. Im Zentrum der Novelle steht die Schaffung von mehr Wettbewerb unter den Entsorgungsbetrieben und die Schließung der Schlupflöcher für sog. Trittbrettfahrer, also für Hersteller, die Entsorgungsleistun-

gen des DSD in Anspruch nehmen, ohne dafür zu bezahlen.

Verabschiedet haben wir bereits die Verordnung über die „Anstalt Solidarfonds Abfallrückführung“, mit der die Rückführung illegal exportierter Abfälle geregelt wird.

Zur weiteren Ausgestaltung der Produktionsverantwortung haben wir zahlreiche Gespräche mit der Wirtschaft geführt. Für den Bereich der Altautos sind wir zu einem erfolgreichen Abschluß gekommen. Im Februar haben uns die Automobilindustrie sowie die Importeure eine Selbstverpflichtungserklärung vorgelegt, in der sie sich verpflichten, ihre Fahrzeuge mindestens bis zum Alter von 12 Jahren kostenlos zurückzunehmen. Darüber hinaus haben sie sich verpflichtet, die zu beseitigenden Abfälle aus der Altautoentsorgung von derzeit 25 Gewichts-Prozenten bis zum Jahre 2002 auf max. 15 Gewichts-Prozente und bis zum Jahre 2015 auf max. 5 Gewichts-Prozente zu verringern. Damit kommen wir dem Ziel, abfallarme und recyclingfreundliche Autos zu entwickeln, deutlich näher.

4. Schutz der menschlichen Gesundheit

Schadstoffe, Säurebildner, Nährstoffe und Photooxydantien belasten die Gesundheit von Menschen und Ökosystemen ebenso wie Lärm und Strahlen. Das Chemikalienrecht, der Immissionsschutz und der Strahlenschutz werden deshalb auf der Grundlage verbesserter Risikobewertungen weiterentwickelt. Vor allem im Chemikalienrecht und im Immissionsschutz gewinnt die europäische Handlungsebene zunehmend an Bedeutung.

Die vorgesehene Erarbeitung eines Aktionsplans „Umwelt und Gesundheit“ dient vor allem dazu, gesundheitliche Belastungen durch Umwelteinflüsse besser erkennen, bewerten und ggf. erforderliche Maßnahmen treffen zu können.

5. Verwirklichung einer umwelt-schonenden Mobilität

Besondere Bedeutung für die kommenden Jahre hat das Thema „Umwelt und Verkehr“. Bedingt durch die großen politischen Veränderungen in Deutschland und Europa, durch die Arbeitsteilung im Wirtschaftsprozeß, die zunehmende Globalisierung der Märkte und die zentrale Lage Deutschlands in Europa verzeichnet das Verkehrsaufkommen im Güterverkehr, aber auch im Personenverkehr in Deutschland starke Zuwächse. Deshalb besteht eine der wichtigsten umweltpolitischen Herausforderungen in Deutschland gegenwärtig in der Bewältigung der Probleme des Verkehrs. Die Emissionen von Klimagasen, Schadstoffen und Lärm sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie der Flächenverbrauch. Zu den wichtigen Vorhaben in diesem Jahr zählt deshalb auch die Einführung der emissionsbezogenen Kfz-Steuer. Über die Eckwerte dieser Neuregelung haben wir uns vor wenigen Tagen in der Bundesregierung verständigt. Ich bin zuversichtlich, daß das Gesetzesvorhaben nun schnell auf den Weg gebracht werden kann.

Verwirklichung der europäischen Umweltunion

Zu einer Wirtschaftsunion gehört auch eine Umweltunion, damit die Konkurrenz um Industriensiedlungen nicht zu Lasten der Umwelt geht. Deshalb müssen auch weiterhin hohe Standards beispielsweise im Klima- und Immissionschutz, im Gewässerschutz und im Chemikalienrecht in ganz Europa durchgesetzt werden.

Das 5. Umweltaktionsprogramm der EU setzt hier Schwerpunkte in den Bereichen Energie, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Tourismus bis zum Jahr 2000. Von der jetzt anstehenden Weiterentwicklung des Aktionsprogramms erwarte ich wichtige europapolitische Impulse – so

wohl zu den Zielen als auch zu den Maßnahmen – auch über das Jahr 2000 hinaus. Im Zusammenhang mit der Herausführung der assoziierten MOE-Staaten an die Union sollen ferner wichtige Umweltstandards der EU bereits vor einem Beitritt in diesen Staaten eingeführt werden.

Anpassung und Ausbau

Auf der europäischen Regierungskonferenz zur Revision des europäischen Vertragswerkes, die am 29. März in Turin begonnen hat, muß nach dem Bericht der Reflektionsgruppe auch das Thema Umwelt eine Rolle spielen. Dabei geht es nicht um neue Kompetenzen für die EU im Umweltbereich, wohl aber um die Anpassung und den Ausbau vorhandener Regelungen und Ziele. Insbesondere trete ich – gemeinsam mit vielen Kollegen aus anderen Mitgliedstaaten – dafür ein,

- daß das Ziel „nachhaltiger Entwicklung“ in den EG- und in den EU- Vertrag aufgenommen wird,
- daß die Integration der Umweltpolitik in alle anderen gemeinschaftlichen Politikbereiche in einem der Eingangartikel des EG-Vertrages verankert wird,
- daß die Mitwirkungsrechte des europäischen Parlaments im Umweltbereich ausgedehnt und zugleich die schwierige Frage der Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung auf Art. 130 s Abs. 2 EG- Vertrag in Angriff genommen wird,
- daß die Möglichkeit, national weiterhin strengere Umweltregelungen treffen zu können, abgesichert wird.

Konkret werden im kommenden Jahr die CO₂-/Energiesteuer, die Fortschreibung der Abgasgrenzwerte, die Einführung verbesserter Kraftstoffe sowie die Besteuerung von Flugzeugtreibstoff im Vordergrund stehen. ■

Die Bundeswehr braucht sich nicht zu verstecken

Zu dem öffentlichen Gelöbnis vor dem Schloß Charlottenburg in Berlin am 31. Mai erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Ich begrüße es ausdrücklich, wenn die Bundeswehr auch in Berlin ein öffentliches Gelöbnis veranstaltet. Die Bundeswehr ist eine Bürgerarmee, die aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht mit allen Schichten unseres Volkes verklammert ist. Sie ist demokratisch legitimiert und handelt im Auftrag des frei gewählten Deutschen Bundestages. Es ist deshalb völlig in Ordnung, wenn sich unsere Soldaten in der Öffentlichkeit zeigen. Wer die Bundeswehr in den Kasernen verstecken will, führt sie in die Isolation. Wir aber wollen keine Bunkermentalität in den Streitkräften, sondern eine transparente, bürgernahe Armee.

Öffentliches Bekenntnis

Mit dem öffentlichen Gelöbnis bringen die Soldaten ihre Verbundenheit mit der Bevölkerung zum Ausdruck. Nicht militäristische Zurschaustellung steht im Vordergrund, sondern das öffentlich geäußerte Bekenntnis der einzelnen Soldaten, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.

Die Bundeswehr weiß sich damit einig mit der bei weitem überwiegenden Mehrheit unserer Bürger. Es ist in meinen Augen beschämend, wenn selbst Teile des SPD im Zusammenhang mit dieser Veranstaltung von einer Militarisierung unserer Gesellschaft sprechen. Wer so leichtfertig

den demokratischen Konsens aufs Spiel setzt, unterschätzt letztlich auch das demokratische Bewußtsein unseres Staates und seiner Bürger.

Kommentare

Eine Selbstverständlichkeit

In einer funktionierenden Demokratie, die vom Soldaten als „Bürger in Uniform“ ausgeht, kann es keinen Zweifel geben, daß Soldaten sich nicht hinter Kasernentoren zu verkriechen haben — erst recht nicht, wenn sie geloben wollen, für die Sicherheit und Freiheit dieses Landes und seiner Bürger einzustehen. Nichts anderes ist gestern in Berlin geschehen. Daß es dort zum ersten Mal seit Bestehen der Bundesrepublik geschah, hat mit der Unfreiheit zu tun, die einen Teil Deutschlands vier Jahrzehnte geprägt hat. Daraus einen Rückfall in den Militarismus zu machen, ist blühender Unsinn. Wo, wenn nicht in die Bundeshauptstadt, gehört denn ein öffentliches Gelöbnis hin?

General-Anzeiger, Bonn

Um der Menschenrechte willen

Eine demokratische Armee muß in der Öffentlichkeit auftreten, muß sich zeigen können. Die demokratische Bundeswehr von heute leistet auf deutsch gesagt Drecksarbeit. Sie dient im positiven Sinne des Wortes. Die freiwilligen Soldaten setzen um der Menschenrechte willen - wie jetzt in Jugoslawien - ihr Leben aufs Spiel und haben deshalb Respekt verdient, nicht Kritik. Peinlich ist es geradezu, wenn da-

von gesprochen wird, in Berlin seien junge Leute gegen das Gelöbnis, weil es hinter Absperrungen stattfindet, ohne die Öffentlichkeit zu beteiligen. Wenn die absolute Öffentlichkeit gegeben wäre, hätten die demokratiefeindlichen Randalierer eine Gelegenheit, mit ihrer Gewalt ein regelrechtes Chaos anzurichten. In Berlin – und auch ein Jahr davor in Bonn – ging es bei den Krawallen nicht gegen eine unzeitgemäße Zeremonie, sondern ganz einfach gegen die deutschen Streitkräfte.

Deutschlandfunk

Muß sich die Bundeswehr verstecken?

Was ist es nur, daß die Bundeswehr immer wieder als Objekt von Protesten und Beschimpfungen herhalten muß? Was am Freitag im Umfeld des Charlottenburger Schlosses geschah, hat weder mit „militaristischen Ritualen“ noch mit „archaischen Traditionen“ zu tun. 300 junge Rekruten legten ihr Gelöbnis ab, umrahmt von Musik und drei maßvollen Ansprachen. Darf das nicht mehr sein? Muß sich die Bundeswehr hinter Kasernenmauern verstecken? Ist der Bürger in Uniform passé?

Stuttgarter Nachrichten

Schon vergessen oder noch nie darüber nachgedacht?

Vor dem Charlottenburger Schloß in Berlin haben gestern 300 Rekruten gelobt, nicht nur der Bundesrepublik treu zu dienen, sondern auch das Recht und vor allem die Freiheit des deutschen Volkes tap-

fer zu verteidigen. Nun mögen zwar bereits Begriffe wie tapfer und treu für die versammelten Demonstranten Reizwörter sein, aber eines müßten sie doch zumindest begriffen haben: daß die Soldaten, die sie da auspufften, soeben versprachen, auch das Demonstrationsrecht zu schützen.

Und noch etwas müßte selbst jungen Menschen bewußt sein, wenn sie auch nur über ein geschichtliches und politisches Grundwissen verfügen: Der Westteil Berlins, traditionelle Hochburg aller Wehrdienstverweigerer, hat den Kalten Krieg nur deshalb in Freiheit überlebt, weil es Soldaten aus England, Frankreich und den Vereinigten Staaten gab, die ihr Leben dafür eingesetzt haben. Schon vergessen oder noch nie darüber nachgedacht?

Kölnische Rundschau

Die Bundeswehr braucht sich nicht zu verstecken

Nicht, daß es Pazifisten gibt, ist erstaunlich – bei unserer Geschichte schon gar nicht. Erstaunlich ist, wie militant, wie überheblich und mit welchen Unterstellungen sie auftreten: So, als während der Nachrüstungsdebatte allen Ernstes unterstellt wurde, die NATO plane den nuklearen Enthauptungsschlag der Sowjetunion. Da werden junge Rekruten vereidigt. Sie geloben, der Bundesrepublik treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen. Was ist daran eigentlich falsch? Gar nichts. Die Bundeswehr braucht sich nicht zu verstecken.

Westdeutscher Rundfunk

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● INTERNET
<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE
*CDU#

● X 400
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

Wolfgang Schäuble:

Konfrontation schadet unserem Land

Die Wogen sollen hoch schlagen in Deutschland – hoffen jedenfalls einige Gewerkschaftsfunktionäre und bemühen sich, eine öffentliche Erregung gegen das Programm der Koalition für mehr Wachstum und Beschäftigung zu organisieren.

Allerdings will sich der Erfolg nicht ganz einstellen. Die Menschen haben begriffen, daß etwas geschehen muß, um Arbeitsplätze zu schaffen. Die Haltung der Gewerkschaften ist um so unverständlicher, als Wirtschaft und Gewerkschaften noch im Januar beim Bundeskanzler an einem Bündnis für Arbeit geschmiedet hatten. Alle Beschlüsse, die wir jetzt gefaßt haben, liegen exakt auf der Linie dessen, was als Beitrag der Politik zum Bündnis für Arbeit erörtert wurde.

Es geht nach wie vor entscheidend um eine Besserung am Arbeitsmarkt. Sie ist nur über mehr wirtschaftliches Wachstum zu erreichen, über eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland, den Abbau von Einstellungs- hemmnissen und mehr Arbeitsplätzen in

Privathaushalten und in kleinen und mittleren Unternehmen vor allem im Dienstleistungssektor.

Um das Ziel zu erreichen, ist in einer Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft und der Tarifautonomie der Beitrag von Arbeitgebern und Gewerkschaften ganz unverzichtbar. Deshalb waren die Bemühungen des Bundeskanzlers richtig, in Gesprächen mit Wirtschaft und Gewerkschaften bei allen unterschiedlichen Interessen ein gemeinsames Vorgehen zu erreichen. Diese Bemühungen bleiben auch für die Zukunft notwendig, und niemand sollte sich ihnen entziehen, auch nicht die Gewerkschaften. Denn jenseits aller unterschiedlichen Interessen und politischen Standpunkte bleibt die gemeinsame Verantwortung von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften bestehen, die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung zu verbessern. Deshalb glaube ich, daß es weder den Interessen der Beschäftigten, der Arbeitslosen noch der Menschen in unserem Land dienlich wäre, jetzt öffentlich Konfrontation zu schüren. ■

SPD-Polemik gefährdet den sozialen Frieden

Generalsekretär Peter Hintze zum SPD-Treffen in Königswinter:

Die sogenannte SPD-Alternative besteht aus einem explosiven Gemisch von heißer Luft und unbezahlbaren Vorschlägen. SPD-Chef Lafontaine hat mit seinen Äußerungen den Gipfel der Perspektivlosigkeit erklommen. Mangels tragfähiger Alternative polemisiert der SPD-Vorsitzende ohne jegliches Maß gegen die Bundesregierung. Er sollte sich lieber an die eigene Nase

fassen und Gedanken zur Verbesserung der finanzpolitischen und wirtschaftlichen Situation in dem von ihm regierten Saarland anstellen. Statt die Bundesregierung wüst zu attackieren, sollte Lafontaine erst einmal seine Hausaufgaben machen: Schluß mit der arbeitsplatzfeindlichen SPD-Blockade im Bundesrat und Entwicklung konstruktiver Beiträge da, wo er selbst Verantwortung hat. Die SPD-Polemik schadet dem Wirtschaftsstandort Deutschland und gefährdet den sozialen Frieden.

Beginn einer wirtschaftlichen und psychologischen Kehrtwende

Kann Bundeskanzler Kohl eine angebotsorientierte Revolution in Europa auslösen? Keiner hätte dies noch vor einigen Monaten für möglich gehalten. Doch seine Ankündigung am 26. April, mehr als 46 Milliarden US-Dollar öffentlicher Ausgaben einzusparen, Deutschlands hohe Besteuerung und die Kosten für die soziale Sicherheit zurückzufahren, ist das bisher deutlichste Signal dafür, daß sich drastische Veränderungen vollziehen werden.

Die Pläne Kohls könnten der Beginn einer wirtschaftlichen und psychologischen Kehrtwende sein, deren Auswirkungen bald in ganz Europa spürbar sein könnten. Sein Programm soll zwar die Wirtschaft Deutschlands wiederbeleben, doch als weiteres Ziel will er die wirtschaftlichen Denkstrukturen Europas verändern. Er will mit der althergebrachten Auffassung aufräumen, daß Europa große Regierungsapparate, hohe Steuern, unflexible Arbeitsprozesse und riesige Sozialausgaben braucht.

Vor einer neuen Investitionswelle?

Der drastische Verlust der Konkurrenzfähigkeit Deutschlands steckt hinter Kohls Bruch mit seiner althergebrachten Politik des Konsens. Einer seiner entscheidenden Vorschläge, Körperschafts- und Einkommenssteuer auf 28 Prozent zu senken, wür-

de das Vertrauen der Unternehmer wiederherstellen und für eine neue Investitionswelle in Deutschland sorgen.

Innerhalb der europäischen Regierungen und bei Wirtschaftsführern setzt sich das Bewußtsein durch, daß die Zeit für drastische Veränderungen gekommen ist.

Mehrere Faktoren sprechen für Kohl. Der deutsche Diskontsatz ist mit 2,5 Prozent so niedrig wie nie nach dem Zweiten Weltkrieg, die Inflationsrate ist mit 1,34 Pro-

Auslandsstimme

zent niedrig, und Bonn hat schon zwei Jahre Haushaltskonsolidierung hinter sich gebracht. Die Arbeitslosigkeit mit einer Rekordmarke von 11,1 Prozent im vergangenen Februar übt politischen Druck auf Kohl aus, stärkt aber auch das Argument für radikale Reformen. Vor allem profitiert Kohl aber vom Schockeffekt seiner neuen Entschlußfreudigkeit. So setzte er beim letzten Treffen des engsten Kreises der CDU am 6. Mai mutig zwei Kommissionen zur Reform des Steuer- und Sozialsystems ein, die am Jahresende Bericht erstatten sollen. Entsprechende Gesetze will er 1997 durchsetzen.

Eine solche angebotsorientierte Revolution könnte in Europa folgendermaßen verlaufen: Wenn Kohl den Großteil seines

BusinessWeek

Rentenforum der Senioren-Union in Hannover

Die Bundesregierung der Senioren-Union führt am Donnerstag, dem 4. Juli 1996, ein Rentenforum im Niedersächsischen Landtag, Leineschloßgaststätten, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, in Hannover, Telefon (05 11)3 203 32, durch.

Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Niedersachsens, Christian Wulff, haben ihr Kommen zugesagt. Als sachkundige Experten zum Thema „Renten“ werden Sachverständige aus dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung zur Verfügung stehen.

Die Themen u. a.:

- Probleme der Renten in den neuen Bundesländern
- Auswirkung der aktuellen Beschlüsse der Bundesregierung im

Program für Wachstum und Beschäftigung auf die Renten und sozialen Sicherheitssysteme einschließlich Rentenbesteuerung.



Zu dieser Veranstaltung der Senioren-Union hat deren Bundesvorsitzender, Bernhard Worms, herzlich eingeladen.

Information und Anmeldung:

**Bundesgeschäftsstelle
der Senioren-Union
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn
Tel. (02 28) 5 44-3 60/1
Fax (02 28) 5 44-3 67**

Haushaltsplans bis zum Herbst durchsetzt, dann könnte dies dazu führen, daß das Unternehmen Deutschland verlorenen Boden in der Wettbewerbsfähigkeit gutmacht.

*Wenn Kohls Plan umgesetzt wird, dann könnte die Wirtschaft bis 2000 ein Wachstum von 3,5 Przent erreichen, meint der Chefökonom der deutschen Bank, Norbert Walter. Steigende Verbrauchernachfrage und Investitionen könnten für eine Neuauf-
lage des Wiedervereinigungsbooms Anfang der 90er Jahre sorgen.*

Nachbarländer müssen Schritt halten

Wenn Deutschland einen winzigen Teilerfolg erringt, dann stehen seine Nachbarländer unter dem Druck, Schritt zu halten

- oder Investitionen, Arbeitsplätze oder Steuereinnahmen zu verlieren.

Helmut Kohls Vorschläge sind nur ein Anfang

Niemand erwartet schnelle Veränderungen. „Angebotsorientierte Reformen heizen die Wirtschaft nicht von einem Tag auf den anderen an. Kohls Vorschläge sind nur ein Anfang“, meint Nigel Gault, Chefökonom von McGraw-Hill in London. Aber wie in Großbritannien zu Zeiten von Margaret Thatcher ist die Diagnose der Krankheit der Beginn des Heilungsprozesses. Kohl könnte dabei sein, das zu tun, was Margaret Thatcher nie gelang: Neues radikales Denken auf dem Kontinent zu verbreiten.

SPD – Partei der Neinsager

Die Chancen stehen gut, daß sich die Konjunktur erholt und schon im kommenden Jahr 500.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Diese Rechnung hat nicht etwa die unionsgeführte Bundesregierung aufgemacht.

Sie stammt vielmehr vom Präsidenten der Bundesbank, Hans Tietmeyer. Er machte vor wenigen Tagen klar, daß ein zügiges Umsetzen des Programms für mehr Wachstum und Beschäftigung erheblich dazu beitragen wird, den Arbeitsmarkt zu entlasten und das öffentliche Defizit abzubauen.

Für Zagen und Zaudern bleibt also keine Zeit, entschlossenes Vorgehen ist jetzt wichtiger denn je. Daher haben Bundesregierung und Koalitionsfraktionen einen ehrgeizigen Zeitplan vorgelegt. Bis zur letzten Sitzungswoche des Bundestages vor der Sommerpause – also in wenigen Wochen – werden die einzelnen Teilpakete des Programms im Bundestag eingebracht und verabschiedet, das Steuerpaket spätestens im Herbst diesen Jahres, so daß die beschäftigungsfördernden Impulse unmittelbar im nächsten Jahr wirksam werden können.

Selbsternannte Anwälte

Angesicht der angekündigten Demonstrationen und politischen Blockaden muß man sich allerdings fragen, was diejenigen, die sich zur Zeit als selbsternannte Anwälte unseres Sozialstaates gebärden, tatsächlich an Alternativen zu bieten haben. Mit Demonstrationen und Neidkampagnen schaffen weder Gewerkschaften noch SPD neue Arbeitsplätze - im Gegen-

teil. Es ist geradezu pervers, wenn diejenigen, die die sichersten Arbeitsplätze in Deutschland haben, diejenigen durch Streiks am Arbeiten hindern, deren Arbeitsplätze gerade gesichert werden müssen.

Es ist ja wohl unbestreitbar, daß jede Maßnahme, die dazu dient, Beschäftigung zu sichern, in erster Linie sozial ist und kei-

**Von Joachim Hörster,
Erster Parlamentarischer
Geschäftsführer der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion**

nesfalls unsozial genannt werden kann. Im übrigen gilt wieder einmal: Sozialdemokratische Wirtschaftspolitik, die nur auf Verschieben, Umschichten und höhere Steuern setzt, hat schon in den 70er Jahren nicht funktioniert und paßt heute erst recht nicht in die konjunkturelle Landschaft.

Wie wichtig und notwendig das von uns vorgelegte Programm ist, zeigen auch die neuen Steuerschätzungen, die nicht nur für den Bund, sondern stärker noch für Länder und Kommunen finanzielle Belastungen ankündigen. Die „Taten“ der Sozialdemokraten sprechen leider auch in diesem Fall für sich: So werden Gesetze, die die Städte, Gemeinden und Kreise stark entlasten würden und die längst in Kraft getreten sein könnten, nach wie vor von der SPD-Mehrheit im Bundesrat blockiert. In dieser Woche wurde wieder einmal die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes abgelehnt. Diese Änderungen (u. a. Senkung der Leistungen um 20 Prozent für drei Jahre) würde die öffentlichen

In Zukunft Gleichheit beim Erbrecht

Zur ersten Lesung des Entwurfs eines Erbrechtsgleichstellungsgesetzes erklärten der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis, und der Berichterstatter der Union im Rechtsausschuß, Wolfgang Götzer:

Die erbrechtliche Gleichstellung nicht-ehelicher Kinder ist ein Gebot der Gerechtigkeit und berücksichtigt die gewandelten gesellschaftlichen Verhältnisse.

Nichteheliche und eheliche Kinder sollen gemäß einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts rechtlich gleichgestellt werden, sofern nicht ihre besondere soziale Situation etwas anderes verlangt oder geschützte Rechte Dritter beeinträchtigt werden.

Bislang war - seit 1969 - das nichteheliche Kind wohl am Wert des Nachlasses seines Vaters beteiligt, aber eben nur mit einem Erbersatzanspruch, also einer Geldforderung.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, daß es nunmehr normales Mitglied der Erbengemeinschaft wird. Die bisher im BGB enthaltenen Sonderregelungen werden gestrichen.

Allerdings entfällt damit auch das Privileg des nichtehelichen Kindes, einen vorzeitigen Erbausgleich fordern zu können.

Mit einer völligen erbrechtlichen Gleichstellung gibt es für eine solche Sonderbehandlung keinen rechtfertigenden Grund mehr. Andererseits wäre es verfehlt, den Anspruch auf vorzeitigen Erbausgleich auf alle Kinder auszudehnen. Die Dispositionsfreiheit des künftigen Erblassers würde auf diese Weise über die Grenze des Art. 14 GG hinaus eingeschränkt.

Unbegründete Befürchtungen

Befürchtungen, die erbrechtliche Gleichstellung nichtehelicher Kinder könnte insbesondere zur Zerschlagung mittelständischer Betriebe führen, weil ein nichteheliches Kind ein „Störenfried“ in der Erbengemeinschaft sei, dürften sich als unbegründet erweisen. Zum einen ist der Erblasser nicht gehindert, abweichend von der gesetzlichen Regelung Verfügungen von Todes wegen zu treffen, zum anderen schließen auch Familiengemeinschaft und Erbenstreit einander - leider - nicht aus.

Haushalte um eine Mrd. Mark entlasten. Genauso scheiterte bislang die Novelle des Gesetzes zur Reform der Sozialhilfe. Die SPD hat damit verhindert, daß die Sozialhilfe an die Entwicklung der Nettolöhne gekoppelt wird.

Unsinniger Widerstand

Gleichzeitig sollte garantiert werden, daß ein Abstand zwischen Lohneinkommen

und dem Bezug von Sozialhilfe in Höhe von 15 Prozent gewahrt wird. Auch die Kürzung der Sozialhilfe bei Ablehnung zumutbarer Arbeit scheiterte. Diese Novelle hätte Einsparungen von fast 2,2 Mrd. Mark gebracht. Die Zeche für diesen völlig unsinnigen Widerstand zahlt ganz klar der steuerzahlende Bürger. Die SPD beweist sich damit endgültig als Partei der Neinsager und Verhinderer, der Reform- und Fortschrittsunfähigen.

Bundesbauminister Klaus Töpfer:

Eine wichtige Chance für die Bauwirtschaft ist verschenkt worden

Bundesbauminister Klaus Töpfer hat das Scheitern der Allgemeinverbindlichkeitserklärung der Mindestlöhne für die von ausländischen Arbeitgebern in Deutschland beschäftigten Bauarbeiter scharf kritisiert. Angesichts der ohnedies außerordentlich schwierigen konjunkturellen und strukturellen Lage der deutschen Bauwirtschaft, die derzeit zweistellige Rückgangsraten aufweise, sei diese Ablehnung durch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) völlig unverständlich.

Mit dieser Ablehnung einer einvernehmlichen Lösung des paritätisch mit Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern besetzten Ausschusses werde weitere wertvolle Zeit bei der Sicherung von Bauarbeitsplätzen verschenkt und zusätzlich Arbeitslosigkeit deutscher Bauarbeiter geradezu provoziert, sagte Töpfer am 28. Mai in Bonn. In wirtschaftlich schwieriger Zeit

sei jedoch am Bau mehr denn je ein Konsens der Tarifpartner über die Arbeitsbedingungen erforderlich. Gerade weil eine klare zeitliche Befristung des Entsendegesetzes festgelegt wurde, würde durch eine verbindliche Mindestlohn-Regelung der notwendige strukturelle Anpassungsprozeß der deutschen Bauwirtschaft keineswegs verhindert.

Töpfer forderte deshalb die Verantwortlichen auf, schnell alternative Lösungen im Rahmen der Regelungen des von der Bundesregierung vorgelegten Entsendegesetzes zu entwickeln und durchzusetzen. Er hoffe, daß die Tarifpartner umgehend in weiteren Verhandlungen pragmatische Lösungen anstreben. Dabei könne er sich auch den Weg über entsprechende Entscheidungen der Landestarifabschlüsse vorstellen, um Besonderheiten der Regionen berücksichtigen zu können und so zu einer wirksamen Umsetzung der Entsenderegulierung zu kommen. ■

Zusätzliche Lehrstellen in der Lagerwirtschaft

Bis zu 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze erwartet der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) durch die nunmehr bundesweit mögliche Ausbildung zur Fachkraft für Lagerwirtschaft. Bisher war dies nur in 30 der 83 IHK-Bezirke möglich. Zahlreiche Betriebe, die bisher nicht ausbilden konnten und daher die Öffnung der Erprobungsverordnung gefordert hatten, dürften

nach Ansicht des DIHT jetzt die Ausbildung aufnehmen. Dies gilt insbesondere auch für Logistik- und Verteilzentren, Kauf- und Warenhäuser in den neuen Bundesländern. Das Beispiel zeige, daß durch Schaffung neuer Berufe, die der DIHT in seiner Initiative Zukunftsberufe vorgestellt hat, viele zusätzliche Ausbildungsplätze kurzfristig geschaffen werden könnten.

Nachhaltige Entwicklung der Megastädte sichern

Peter Götz, Vorsitzender der ausschlußübergreifenden Arbeitsgruppe HABITAT im Deutschen Bundestag, erklärt zum UNO-Städtegipfel HABITAT II:

Zur Vorbereitung der zweiten „UN-Konferenz über menschliche Siedlungen – HABITAT II“, die am 3 Juni in Istanbul begonnen hat, wurde in der Sitzung des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau vom 22. Mai 1996 ein Antrag verabschiedet, in dem die Erwartungen an den HABITAT II-Konferenzverlauf zum Ausdruck gebracht wurden.

Die UNO-Generalversammlung hatte für die HABITAT-Konferenz die Themen „Angemessene Unterkunft für alle“ und „Nachhaltige Siedlungen in einer zur Verstärkung strebenden Welt“ festgelegt. HABITAT II, der letzte große UNO-Gipfel in diesem Jahrtausend, greift die Frage auf, wie die Menschen in Zukunft leben und arbeiten wollen und sucht gleichzeitig Antworten auf globale Herausforderungen unserer Zeit.

Täglich nimmt die Weltbevölkerung um ca. 280.000 Menschen, also um die Größe einer Stadt wie Bonn, zu. Während im Jahr 1990 noch 2,3 Milliarden Menschen in Städten gelebt haben, werden es 2025 nach Schätzungen der UNO bereits doppelt so viele sein. Zu dieser Zeit soll es weltweit fast 100 Städte mit mehr als 5 Millionen Einwohnern vor allem in den Entwicklungsländern geben. Für diese Agglomerationen werden neue Wege des Stadtmanagements gebraucht, um Wohlergehen und Gesundheit der Stadtbewohner zu schützen.

Die letzten großen Weltkonferenzen in Rio de Janeiro, Kairo und Peking haben gezeigt, daß eine Sicherung der Lebensgrundlagen der Menschheit nur möglich ist, wenn eine weltweite Strategie gefunden wird, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Aspekte in Einklang bringt.

Der Bundestagsausschuß griff in seiner Sitzung beachtenswerte Aussagen der Berliner Erklärung der Berlin-Konferenz vom März 1996 auf, in der neben der dauerhaften Siedlungsentwicklung und der angemessenen Wohnraumversorgung auch ein „Recht auf Stadt“ formuliert wurde. Die Bundesregierung wurde zudem aufgefordert, sich im internationalen Dialog dafür einzusetzen, daß alle planerischen und technischen Möglichkeiten genutzt werden, um einen zivilisatorischen Prozeß in den Städten zu fördern. Eine starke Selbstverwaltung in den Gemeinden und die breite Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen auf kommunaler Ebene sollten hierbei als Schlüsselansätze dienen.

Der Ausschuß hat außerdem dazu aufgefordert, traditionelle Geberländer und andere, die dazu in der Lage sind, zu ermutigen, die Finanzhilfen für die nachhaltige Stadtentwicklung fortzusetzen sowie private Investitionen in den Entwicklungsländern zu unterstützen. Im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit sollten vor allem Projekte und Programme zum Aufbau von Verwaltungs-, Management- und Finanzierungskapazitäten sowie Stärkung der Selbsthilfe, der Transfer von „harten“ und „weichen“ Technologien sowie die Entwicklung von Planungs- und Managementkonzepten verstärkt gefördert werden.

Drohungen und Blockaden lösen keine Probleme

Eine Politik des Vetos, der Drohungen und Blockaden kann in einer auf Solidarität gegründeten Gemeinschaft nicht weit führen.

Dies hat der stellvertretende Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering, am Rande der Plenarsitzung in Straßburg zu britischen Reaktionen auf die Entscheidung des Veterinärausschusses der EU erklärt, der das Exportverbot von Rindfleisch und anderen Produkten von Rindern aus Großbritannien aufrecht gehalten hatte.

Splendid isolation“

Pöttering sagte, daß Großbritannien mit einer Politik des Vetos sich letztlich selbst schadet. Die Erfahrung in der Gemeinschaft zeige jedoch, daß im Dialog und im gemeinsamen Handeln bessere Wege aus schwierigen Situationen gefunden werden können als in „splendid isolation“. Die EU habe Großbritannien ihre Unterstützung einschließlich finanzieller Hilfen bei

der Bekämpfung der Rinderseuche zugesagt, so wie die Union auch Deutschland bei der Bekämpfung der Schweinepest unterstützt habe.

Gemeinsam mit den Briten

Pöttering: „Wir wollen die Zukunftsaufgaben in Europa gemeinsam mit Großbritannien lösen. Dazu gehören die Regierungskonferenz und die nötigen Reformen der Union, die Osterweiterung und die Schaffung einer handlungsunfähigen europäischen Polizeibehörde EUROPOL. Ich bin überzeugt, daß die Briten, wenn sie das innen- und europapolitische schwierige Problem der Rinderseuche bewältigt haben, diese Probleme gemeinsam mit den europäischen Partnern angehen werden. Denn bei allen großen wirtschaftlichen und politischen Problemen ist in einer sich globalisierenden Welt offensichtlich, daß im nationalen Alleingang die Herausforderungen der Zukunft nicht oder wesentlich schlechter zu lösen sind als gemeinsam.“

In den Verhandlungen sollte besonderer Wert darauf gelegt werden, neben den Beschlüssen von HABITAT II einen überzeugenden Ansatz für die Umsetzung und Erfolgskontrolle einzuschließen. Wichtig ist dabei, daß Indikatoren, quantifizierbare Ziele und zeitliche Zielkorridore eingeführt sowie nationale und internationale Berichtsmodalitäten festgelegt werden.

Ein wichtiger Teil der Umsetzung von HABITAT II muß ein substantieller Dialog

auf allen Ebenen, vor allem auch auf Gemeindeebene, über erfolgreiche Modellbeispiele sein. In diesem Sinne hat z.B. das Deutsche Nationalkomitee HABITAT 16 Modellbeispiele vorbildlicher städtebaulicher und planerischer Praxis in Deutschland ausgewählt, die in Istanbul einer breiten Weltöffentlichkeit vorgestellt werden sollen. Deutschland muß mit gutem Beispiel vorausgehen, wenn es Veränderungen in anderen Ländern anstoßen will. ■

EVP und EUCD: Neue Perspektiven

Die geplante Erweiterung der Europäischen Union stellt EVP und EUCD vor neue Herausforderungen. Neue Perspektiven für das künftige Zusammenwirken von EVP und EUCD soll der 25. Kongreß der EUCD (Europäische Union Christlicher Demokraten) schaffen, der vom 4. bis 6. Oktober in Ljubljana stattfindet. Wim von Velzen, MdEP, EUCD-Vizepräsident und Vorsitzender der EVP/EUCD-Arbeitsgruppe „Mittel- und Osteuropa“, sowie Klaus Welle, EVP/EUCD-Generalsekretär, haben dazu ein Strategiepapier verfaßt.

Neben der Europäischen Volkspartei (EVP), deren Vollmitglieder aus Ländern der EU stammen müssen, existiert parallel die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD). Die EUCD bietet auch christdemokratisch orientierten Parteien aus nicht EU-Ländern ein Forum für grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Die Beziehungen zwischen EVP und EUCD sind in den letzten 20 Jahren wiederholt und gründlich überprüft worden. Ihre Zusammenarbeit wurde dadurch verbessert, daß sie seit 1983 über einen gemeinsamen Generalsekretär und ein gemeinsames Sekretariat in Brüssel verfügen. Sie teilen sich einen gemeinsamen Haushaltsplan und einen Schatzmeister. Wilfried Martens stand in den vergangenen Jahren beiden Organisationen vor.

Von den 36 Vollmitgliedern der EUCD haben 21 bereits einen Status in der EVP (17 Vollmitglieder, 3 assoziierte Mitglieder, 1 Beobachter). Von den verbleibenden 15 Parteien werden 11 aus Mittel- und Osteuropa spätestens Ende 1996 in der Lage sein, den Beobachterstatus zu beantragen; die meisten haben dies bereits getan: KD-NP und MDF (Ungarn), KDH und MKDM (Slowakei), KDU-CSL und ODA (Tschechische Republik), PNT-CD (Rumänien)

und LKDP (Litauen). Weitere Anträge stehen unmittelbar bevor. Dies ist der Beginn des Integrationsprozesses der mittel- und osteuropäischen Parteien in die EVP.

Von den übrigen vier Parteien KRF (Norwegen), KRF (Dänemark), PDCS (San Marino) und DP (Albanien) hat zumindest die dänische KRF satzungsgemäß die Möglichkeit, einen Status in der EVP zu beantragen.

Aufgaben der EUCD

Die parteipolitische Landschaft in den MOEL ist immer noch nicht gefestigt.

Bestehende Parteien werden sich zusammenschließen, sich auflösen oder an Einfluß gewinnen. Eine der wichtigsten Aufgaben der EUCD ist es, diesen Prozeß zu beobachten und Beschlüsse über Beitrittsanträge zu fassen.

Ganz konkret erfüllt die EUCD gegenwärtig folgende Aufgaben: sie unterstützt mittel- und osteuropäische Parteien christdemokratischer Ausrichtung, z. B. durch Seminare. Die Schulung der jüngeren Generation von Politikern in den MOEL hat dabei eine besondere Bedeutung: Die Parteien brauchen qualifizierte Akteure, die eine Botschaft haben und mit den Menschen kommunizieren können.

Die EUCD bietet außerdem eine Plattform für die Diskussion und Weitergabe christdemokratischer Philosophien und Politikern. Schließlich ist sie Informations- und Kommunikationskanal der Mitgliedsparteien. Diese Aufgaben sind allerdings zeitlich befristet, denn die langfristige Zukunft der christdemokratischen Parteien Mittel- und Osteuropas liegt in der EVP.

Perspektiven

Ende der 80er Jahre bestand weitgehend Übereinstimmung darüber, daß die EUCD

Die sechs Arbeitsgruppen der EVP

Die Europäische Volkspartei hat für 1996 sechs Arbeitsgruppen vorgesehen, die für die programmatische Arbeit der Partei verantwortlich sind. Die Ergebnisse dieser Gremien werden in den für 1997 geplanten Parteikongreß der EVP einfließen. An den Arbeitsgruppen nehmen neben Vertretern der Mitgliedsparteien auch EVP-Europaparlamentarier teil.

Arbeitsgruppe „Erweiterung der EU“

Diese Arbeitsgruppe wird viermal im Jahr vor EVP-Vorstandssitzungen zusammentreffen. Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist Hans-Gert Pöttering, MdEP.

Arbeitsgruppe „Regierungskonferenz“

Diese Arbeitsgruppe wird, ebenfalls unter dem Vorsitz von Hans-Gert Pöttering, viermal im Jahr im Wechsel mit der Arbeitsgruppe „Erweiterung der EU“ stattfinden.

Arbeitsgruppe „Mittel- und Osteuropa“

Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist

Wim van Velzen, MdEP. Die Tätigkeiten dieser Arbeitsgruppe sind mit den Arbeiten der EUCD abgestimmt. Die Sitzungen finden im allgemeinen unmittelbar vor bzw. nach einer EUCD-Sitzung statt.

Arbeitsgruppe „Sicherheit und Verteidigung“

Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist Tom Frinking. Die Sitzungen werden von der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament organisiert und finden regelmäßig in Brüssel statt.

Arbeitsgruppe „Lateinamerika“

Vorsitzender der Arbeitsgruppe ist Gerardo Fernandez Albor, MdEP.

Arbeitsgruppe „Rechtspolitik“

Diese Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Friedrich Vogel, wird ihre Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung vertiefen. Sie wird 1996 insgesamt zweimal nach einer Sitzung des Politischen Büros zusammentreffen.

in die EVP integriert werden sollte, indem die Mitgliedschaft auf EUCD-Mitglieder erweitert wird, die noch nicht der EVP angehören. Im Sommer 1988 wurde ein Ausschuß eingesetzt, der die Modalitäten prüfen sollte. Doch all diese Pläne wurden mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa erst einmal gestoppt. Die EUCD wurde als Struktur weiter benötigt.

Die Idee der Integration der EUCD in die EVP wird heute allgemein als positiv unterstützt. Sie wird jedoch davon abhängig

gemacht, daß die mittel- und osteuropäischen Parteien echte Fortschritte hinsichtlich einer Annäherung an die EU und hinsichtlich der Parteienintegration in die EVP machen. Aus diesem Grund laufen die Meinungen über den Zeitplan der EUCD-Integration in die Partei auseinander. Einige denken, daß zwei bis drei Jahre angemessen sind, andere denken, daß fünf bis sechs Jahre notwendig sind. Einig ist man sich darüber, daß es nicht sofort sein kann. Ein solcher Prozeß muß organisiert werden, wobei ein klares mittelfristiges Ziel zu setzen ist. ■

Zuverlässige Grundlage für langfristige Planungen

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer (Hamburg), und der Berichterstatter für Luftverkehr, Flugsicherung und Flughäfen, Michael Jung (Limburg), erklärten zur Unterzeichnung des Luftverkehrsabkommens Deutschland – USA:

Bundeskanzler Helmut Kohl und der amerikanische Präsident Bill Clinton haben in Milwaukee das Luftverkehrsabkommen Deutschland/USA sowie ein Abkommen über die Förderung der Luftverkehrssicherheit unterzeichnet. Mit diesem marktorientierten Luftverkehrsabkommen wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einem offenen transatlantischen Luftverkehrsregime zwischen Europa und Nordamerika vollzogen. Diese Vereinbarung sichert durch die erreichte umfassende Liberalisierung der deutsch-amerikanischen Luftverkehrsbeziehungen

- einen fairen und gerechten Wettbewerb untereinander und mit Wettbewerbern aus anderen Ländern,
- neue Möglichkeiten, globale Kooperationen im internationalen Luftverkehr zu bilden und wirtschaftlich expansiv auszuschnöpfen,
- einen leistungsfähigen und wirtschaftlichen Luftverkehr für Reisende, Spediteure und Verbraucher beider Länder sowie
- die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Luftfahrtunternehmen im internationalen Wettbewerb.

Dies kommt den bilateralen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zugute.

Mit diesem neuen Luftverkehrsabkommen erhalten die exportorientierte Wirtschaft, allen voran die Luftfahrtunternehmen,

aber auch die Flughäfen eine zuverlässige Grundlage für ihre langfristigen Planungen.

Voraussetzung für die Unterzeichnung des Abkommens war, daß das U.S. Department of Transportation (DoT) am 20. Mai 1996 seine endgültige Entscheidung über den Antrag der Lufthansa und der United Airlines bekanntgegeben hat, der Allianz neuer Prägung die Freistellung von den Bestimmungen der amerikanischen Wettbewerbsvorschriften zu gewähren. Danach wird die Allianz zwischen Lufthansa und United Airlines weitestgehend von einschränkenden Vorschriften des amerikanischen Wettbewerbsrechts befreit.

Sicherheit verbessert

Das Abkommen zur Förderung der Luftverkehrssicherheit zwischen Deutschland und den USA erweitert den Rahmen für eine gegenseitige Anerkennung der Genehmigungen und Lizenzen für Fluggerät, Luftfahrtpersonal und Flugsimulatoren. Deutschland schließt damit als einer der ersten europäischen Staaten ein solches wichtiges Regelungswerk mit den USA. Je mehr Staaten sich zum Abschluß dieses Abkommens entschlossen, desto effizienter wird auch die Durchsetzung von Sicherheitsstandards weltweit.

Für das erfolgreiche Zustandekommen der Abkommen ist vor allem Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann zu danken, dem es gelungen ist, die Wettbewerbsfähigkeit und Leistungsfähigkeit der zivilen Luftfahrt zu stärken und gleichzeitig die Sicherheit zu erhöhen.

Aktiv und lösungsorientiert

Die CDU Sachsen-Anhalt stellt sich den Herausforderungen im Land, die durch eine verfehlte Politik der rot-grünen Koalition vermehrt zu beobachten sind. So wurde im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Tagung in Magdeburg unter dem Motto „Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt“ richtungweisend mit Unternehmern, Wissenschaftlern sowie Vertretern von Arbeitsämtern und Gewerkschaften nach Lösungsmöglichkeiten für die bestehenden arbeitsmarktpolitischen Probleme gesucht.

Weiterhin wurde in einer von der Konrad-Adenauer-Stiftung veranstalteten Tagung in Magdeburg unter dem Motto „Familie hat Zukunft“ diskutiert. Sie wurde u. a. von Bundesfamilienministerin Claudia Nolte begleitet, welches die Wichtigkeit des Themas eindrucksvoll unterstrich. Als Resultat wurden familienpolitische Positionen der CDU Sachsen-Anhalt erarbeitet, die die Familie als Keimzelle unserer Gesellschaft stärken soll.

Zum Jahrestag der Zwangsvereinigung von KPD und SPD gründeten engagierte Demokraten den „Verein zur Bewahrung von Freiheit und Demokratie“ in Magdeburg. Die Mitglieder wollen aktiv auf eine weitere Entwicklung in Deutschland einwirken, die auf der Basis des Grundgesetzes beruht. Dazu werden vielfältige Aktionen geplant.

Karl-Heinz Daehre, Landesvorsitzender und stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Landtag faßte die zahlreichen Aktionen mit folgenden Worten zusammen: „Die CDU Sachsen-Anhalt ist als stärkste politische Kraft im Land aktiv und problemorientiert. Wir sind und bleiben die kompetente Kraft in Politik und Wirtschaft.“

Die CDU Sachsen-Anhalt führte am 17. April eine wirtschaftspolitische Tagung in Magdeburg mit dem Thema „Arbeitsplätze in Sachsen-Anhalt“ durch. Teilnehmer waren u. a. Karl-Heinz Daehre, Landesvorsitzender der CDU, Christoph Bergner, Fraktionsvorsitzender im Landtag, und Dr. Johannes Ludewig, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium.

Kompetent in Wirtschaftsfragen

Daß das Thema von überaus großer Bedeutung ist, zeigen die Arbeitslosenzahlen des Landes. Mitschuld dafür trägt die Landesregierung. Das Vertrauen der Wirtschaft in sie fehlt, weil klare Bekenntnisse der Koalition zum Ausbau der Infrastruktur fehlen. Als Folge davon ist die Investitionsquote des Landeshaushaltes um rund 4 Prozent gesunken und auch die Gewerbeabmeldungen erstmals hinter die -anmeldungen zurückgefallen. Überproportionale Ausgaben auf der einen Seite (z. B. Lehrerbesoldung) stehen Kürzungen der Mittelstandsförderung gegenüber.

Dabei hatte die Entwicklung in Sachsen-Anhalt hoffnungsvoll begonnen. Über 30 Milliarden DM sind in den ersten vier Jahren investiert worden. Damit waren wir Spitzenreiter in der Bundesrepublik! Das Bild hat sich dramatisch verschlechtert.

Um das Land zu stärken, hat die CDU als Resultat der Tagung elf Thesen aufgestellt:

- Verbesserung des Wirtschaftsklimas durch Bekenntnis zu Chlorchemie, Bio- und Gentechnologie
- Konsolidierung des Landeshaushaltes durch z. B. schlankere Verwaltung
- Kostenentlastung der Wirtschaft
- Leistungsfähige, moderne, wirtschafts-

nahe Infrastruktur (z. B. Verkehrsinfrastruktur)

- Keine unnötigen Beschränkungen in Wissenschaft und Forschung
- Schließung von Unternehmerlücken
- Beschleunigung von Genehmigungsverfahren
- Reform der Rechtsgrundlagen in der Regulierung von Arbeitszeiten und Kündigungsschutz
- Reform der Tarifpolitik
- Realisierung des „50-Punkte-Programms“
- Klares Bekenntnis zur Europäischen Union auf wirtschaftlicher und politischer Basis.

Dieses „Aktionsprogramm für Investition und Arbeitsplätze“ kann nur realisiert werden, wenn es zielstrebig, unverfälscht und ungekürzt umgesetzt wird. Wirtschaftspolitik muß verlässlich und kalkulierbar sein. Gelingt das nicht, wird der Standort an Attraktivität einbüßen. Die CDU Sachsen-Anhalts ist auf dem Weg in die richtige Richtung.

Familie hat Zukunft

Die familienpolitische Tagung war eine weitere Veranstaltung, die die Politik der CDU verdeutlichte.

Nach der Begrüßung durch Herrn Günther Rüter, Mitglied der Geschäftsleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung, sprach der Landesvorsitzende und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU Sachsen-Anhalt, Karl-Heinz Daehre, von der zentralen Rolle der Familie in unserer Gesellschaft. Relevante familienpolitische Themen wurden in vier Arbeitsgruppen behandelt. Zur Diskussion standen u. a. die Verbesserung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Familie, die wirtschaftliche Situation sowie die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit.

Die CDU Sachsen-Anhalt stellt sich mit besonderem Engagement der Herausforderung, in einer Zeit der individuellen Lebensgestaltung durch wirtschaftliche Maßnahmen die Familie zu entlasten und durch entsprechende Regelungen (Erziehungsgeld und -urlaub, Elternarbeitszeitkonto) eine Stärkung der Familie zu realisieren. Weitere Diskussionsfelder waren der Verbesserung und Sicherung der Wohnverhältnisse, der Familienförderung und Familienberatung sowie der Ächtung von Gewalt in der Familie gewidmet. Neben bezahlbarem Wohnraum für Familien ist die Gestaltung und Bewahrung eines kinderfreundlichen Lebensumfeldes ein besonderes Anliegen.

Mit Hilfe eines umfassenden Beratungsaufgebotes soll dem Abgleiten von Familien in soziale Not vorgebeugt werden. Jede Art von Gewalt in der Ehe und Familie muß gesetzlich geahndet werden. Opfer gewalttätiger Handlungen müssen unbürokratische Hilfe erhalten.

Bundesfamilienministerin Claudia Nolte, berichtete in ihrem Referat über finanzielle Verbesserungen innerhalb der Familien. Das reicht jedoch nicht, ein familienfreundlicheres Klima zu schaffen. Generell müssen Mütter und Väter in der Gesellschaft mehr Wertschätzung erfahren.

Mit ihren Worten hat die Bundesfamilienministerin den Tenor der CDU-Familienpolitik in Sachsen-Anhalt getroffen. Die CDU Sachsen-Anhalt setzt ihre Familienpolitik mit den Gedanken fort, daß Investitionen in die Familie Investitionen in die Zukunft Deutschlands sind.

Klares Bekenntnis zu Freiheit und Demokratie

Die Idee zur Gründung des Vereins „Verein zur Bewahrung von Freiheit und Demokratie“ wurde in der Altmark von kommunalen CDU-Politikern geboren und

vom Landesvorsitzenden Karl-Heinz Daehre federführend vorangetrieben. Aus Anlaß des 50sten Jahrestages der Zwangsvereinigung von KPD und SPD fand dann am 21. April die Gründung in Magdeburg statt.

Ziel des Vereins ist, daß unser Land ein freiheitlich demokratischer Staat auf der Basis des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland bleibt.

Wir möchten alle diejenigen ansprechen, die sich der Demokratie und dem Grundgesetz verpflichtet fühlen. Sie sind herzlich bei uns willkommen!

Eine weitere Aufgabe des Vereins ist das Wachhalten der Geschichte der SED/PDS, die aus der Zwangsvereinigung der Linksparteien KPD und SPD die „Diktatur des Proletariats“ entstehen ließ. Die neue Partei der sozialistischen Einheitsfront baute einen Staat auf, dessen Herrschaft in den folgenden 50 Jahren Ostdeutschland wirtschaftlich destabilisierte und die Bürger durch gezielte Propaganda und perfekte Überwachung politisch und menschlich entmündigte.

Die Wiedervereinigung des unfreiwillig getrennten deutschen Volkes hat die „Diktatur des Proletariates“ beendet, konnte aber nicht die Gefahren beseitigen, die von der SED/PDS, aus der Tradition der SED geboren, ausgehen.

Gerade in Sachsen-Anhalt hat man diese Tatsache ständig vor Augen. Die rot-grüne Koalition regiert durch die Tolerierung der SED/PDS und hat sich in steigendem Maße von der SED-Nachfolgepartei abhängig gemacht.

Die Vereinsmitglieder sehen als Demokraten in dieser Entwicklung eine Gefahr für Freiheit und Demokratie; besteht doch die Möglichkeit einer neuen Koalition der sozialistischen Parteien: einer „modernen“ Einheitsfront. Die Regierungskrise in Schwerin verstärkt diese Befürchtungen.

Wir wollen etwas dagegen unternehmen! Die Bemühungen um den Aufbau Deutschlands nach 1989 sollen nicht umsonst gewesen sein. In ernster Sorge um eine demokratische Zukunft Deutschlands ist der Verein gegründet worden, der den wahren Charakter sozialistischer Ideologie offenlegt und die praktischen Folgerungen für unser Land dokumentiert. Wichtig ist, die SED/PDS in ihrem menschenverachtenden Wesen darzustellen. Dazu werden vielfältige Aktionen und Tagungen geplant, z. B. eine Gedenkveranstaltung der Opfer und der Menschen, die sich dem verhängnisvollen Zusammenschluß widersetzt haben.

Sie soll im Juni im ehemaligen Stasi-Zuchthaus „Roter Ochse“ in Halle stattfinden und wird von der CDU Halle organisatorisch begleitet.

Vor diesem Hintergrund geht es um die weitere Beobachtung der politischen Entwicklung in Sachsen-Anhalt. Die Mitglieder wehren sich entschieden gegen ein Linksbündnis und möchten auf seine verhängnisvollen Auswirkungen auf Freiheit und Demokratie hinweisen. Eine erneute Auflage eines SPD-PDS-Bündnisses muß verhindert werden!

Kompetenter Partner

Die CDU Sachsen-Anhalt ist ein kompetenter Partner in allen gesellschaftspolitischen Fragen, z.B. in Familien- und Wirtschaftspolitik und der Bewahrung von Freiheit und Demokratie. Unsere Arbeit ist auf die Lösung von Problemen fixiert, nicht auf die Abgabe von Lippenbekenntnissen. Aus diesem Grunde haben wir in den letzten Wochen die vielfältigen Tagungen durchgeführt, die unsere Politik transparent gemacht haben. Unsere Lösungsvorschläge liegen auf dem Tisch und führen hoffentlich zu einer kontroversen Diskussion, der wir uns zum Wohl unseres Landes stellen. ■

Praktikum für Kreisgeschäftsführer/innen

Wie bereits im letzten Jahr angekündigt, setzt die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihre Schulungsmaßnahmen für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fort. Im Mai haben 7 Kolleginnen und Kollegen an einem Praktikum für neu-eingestellte Kreisgeschäftsführer teilgenommen. Sie waren eine Woche in Bonn und haben wichtige Ansprechpartner in der CDU-Bundesgeschäftsstelle kennengelernt. Sie erhielten Sachinformationen zu Finanz- und Satzungsfragen und besuchten die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung. Wer an einem solchen Praktikum teilnehmen möchte, kann sich in der

Abteilung Parteiorganisation der CDU-Bundesgeschäftsstelle (Ansprechpartnerin: Frau Krischel, Tel.: 0228-544 525) melden. Die Aufbau-seminare im September sind heute bereits ausgebucht!



Das Foto zeigt Kreisgeschäftsführer/innen, die im Januar den zweiten Teil eines Seminars besucht haben.

Besorgniserregender Rückgang der Ingenieur-Studenten

Vor einer besorgniserregenden Auszehrung der Technischen Hochschulen in Deutschland hat das für Forschung zuständige Vorstandsmitglied der AEG, Frank Dieter Maier, gewarnt.

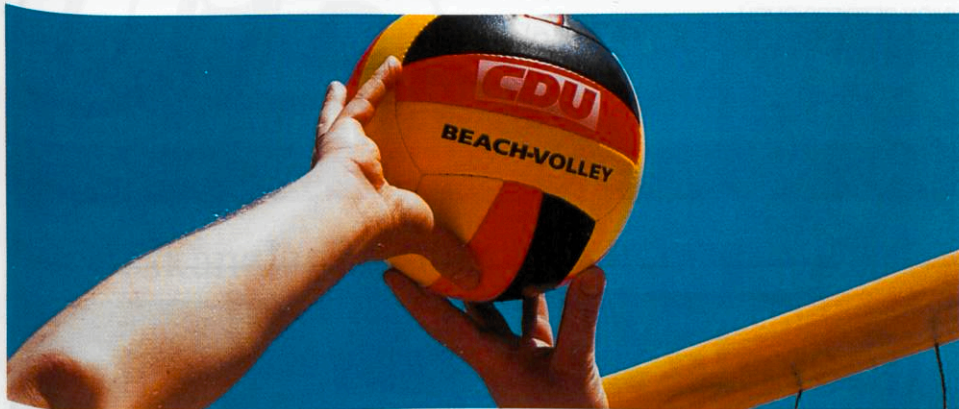
Anlässlich der Verleihung des Carl-Ramsauer-Preises der AEG sagte Maier, die Talfahrt müsse gestoppt werden, wenn der Forschungsstandort Deutschland nicht weiter geschwächt werden solle.

Während sich 1990 noch rund 65.000 Erstsemester für ein Ingenieurstudium eingeschrieben hätten, seien es 1994 nur noch 46.000 gewesen – ein Rückgang um 30 Prozent, beklagte Maier. An vielen Hochschulen habe sich die

Zahl der Studienanfänger im Fach Elektrotechnik glatt halbiert, in Einzelfällen sei sogar ein Rückgang um 70 Prozent zu verzeichnen.

Trotz der momentan schwierigen Beschäftigungssituation werde der Bedarf an Ingenieuren mittelfristig aber wieder steigen, prognostizierte Maier.

Besonders rasch wird sich seinen Angaben zufolge der Markt für Mikroelektronik entwickeln. Bis zum Jahr 2000 werde sich das Weltmarktvolumen von derzeit rund 100 Milliarden Dollar nahezu verdoppeln und für den globalen Halbleitermarkt würden jährliche Wachstumsraten von 15 bis 20 Prozent erwartet.



Neue olympische Disziplin: „Beach-Volleyball“

Beach-Volleyball, die Strandvariante des klassischen Volleyball, erhält dieses Jahr bei den olympischen Sommerspielen in Atlanta die olympischen Weihen.

Beach-Volleyball, das sind ein Netz, ein Ball, vier Spieler, frische Luft und jede Menge Sand.

Während beim klassischen Volleyball eine Mannschaft jeweils aus 6 Spielern mit einer konkreten Aufgabenverteilung besteht, sind beim Beach-Volleyball jeweils nur zwei Spieler in einer Mannschaft, die allround alle Funktionen wahrnehmen müssen.

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 11 64
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21

Doch Beach-Volleyball ist längst nicht nur ein Sport für alle, die sich Urlaub am Meer leisten können; bereits jetzt gibt es in vielen Sportanlagen, Schulen und Freizeitparks Beachvolleyball-Anlagen.

● **CDU-BEACH - VOLLEY**

Bestell-Nr.: 9158

Verpackungseinheit: 1 Ball

Preis je Ball: 21,60 DM



UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN

Aktuelle BeachVolleyTermine

LiptoniceMasters 1996

Die LiptoniceMasters ist die ranghöchste Beachvolley-Serie in Deutschland. Insgesamt besteht es aus acht Turnieren.

24.-26.	Mai	Hamburg
7.-9.	Juni	Stuttgart
21.23.	Juni	Kühlungsborn
28.-30.	Juni	Berlin
12.-14.	Juli	München
2.-4.	August	Fehmarn
9.-11.	August	Wangerooge
16.-18.	August	Köln

FIVB World Championship Series 1996

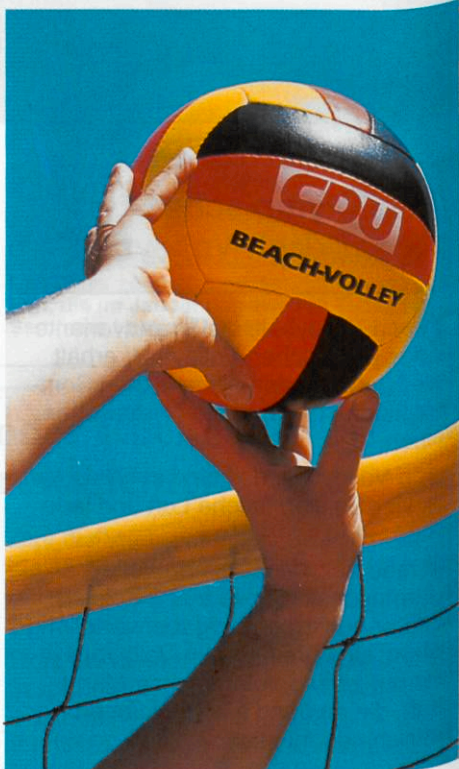
5.-7.	Juli	Berlin
-------	------	--------

Deutsche Meisterschaft

23.-25.	August	Timmendorfer Strand
---------	--------	---------------------

Olympische Spiele

23.-28.	Juli	Atlanta/USA
---------	------	-------------



UID

17/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profittlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.